Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1.80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortlich für Politik und Wirtschaft Artur Moltenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame und Inserate Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 9 — Dienstag, den 12. Januar 1932 — 7. Jahrgang

Abgelehnt.

„Aus Achtung vor der Verfassung" — sagen Hitler und Hugenberg.

Nach tagelangen Beratungen sind Hitler und Hugenberg darüber einig geworden, mit welcher Begründung sie den Vorschlag der Reichsregierung, die Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag verlängern zu lassen, ablehnen könnten. Es ist ihnen keine bessere Ausrede eingefallen, als die Erklärung, daß die Wiederwahl durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages verfassungsrechtlich unzulässig sei.

Mit dieser Antwort der Harzburger ist der Plan der Reichsregierung gescheitert. Zugleich aber auch ist eine Klärung der Lage eingetreten, trotz aller Versuche der Harzburger durch die Form ihrer Antwort eine Klärung zu vermeiden; denn hinter der Ausrede stehen in Wahrheit nicht verfassungsrechtliche, sondern politische Gründe. Und selbst diese Ausrede enthält noch einen ungeheuerlichen Angriff gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Rückzug auf angebliche verfassungsrechtliche Bedenken unterstellt der Reichsregierung, daß sie die Verfassung habe durchbrechen wollen. Er enthält zugleich die Unterstellung, daß der Reichspräsident seine Zustimmung zu einer Durchbrechung der Verfassung gegeben habe.

In dem krampfhaften Bemühen, sich von einer inhaltlichen Entscheidung über die Person Hindenburgs zu drücken, sind die Harzburger auf eine Ausrede verfallen, die in den weitesten Kreisen des Volkes als eine scharfe Absage an den Reichspräsidenten von Hindenburg, wenn nicht geradezu als eine Beleidigung des Reichspräsidenten aufgefaßt werden wird.

Nach dem Verlauf der Verhandlungen der letzten Tage verspürt man in dieser Entscheidung sehr deutlich das Ueberwiegen der Hugenbergschen Tendenz. Diese Absage ist in erster Linie die Absage Hugenbergs und die scharfe Spitze gegen den Reichspräsidenten in der Absage ist das Geschoß Hugenbergs gegen Hindenburg.

Man scheint im Lager Hugenbergs der Meinung zu sein, daß nun eine Politik der politischen Erpressungen und des politischen Kuhhandels mit der Präsidentenfrage beginnen könne. Eine deutschnationale Verlautbarung zu der Entscheidung Hitlers und Hugenbergs erklärt, daß über die Frage der Präsidentenwahl durch das Volk noch nicht gesprochen worden sei, vielmehr werde dabei alles von der weiteren Entwicklung abhängen. Das ist die Ankündigung einer Kuhhandelspolitik im großen Stile. Man muß allerdings die Frage aufwerfen, ob auf der anderen Seite nach der Brüskierung des Reichspräsidenten durch die Harzburger noch Neigung vorhanden sein wird, auf derartige Manöver einzugehen. Mit ihrer ablehnenden Antwort haben die Harzburger sich selbst enthüllt. Hitler, der dem Drucke Hugenbergs nachgegeben hat und Hugenberg selbst werden an ihrer Entscheidung keine Freude erleben!

*

Abwarten.

Die gestrige Fraktions-Vorstandssitzung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag nachmittag mit der Anregung des Reichskanzlers, die Amtsdauer des Reichspräsidenten Hindenburg durch einen verfassungsmäßigen Beschluß des Reichstages verlängern zu lassen. Der Fraktionsvorstand erörterte außerdem die außenpolitische Lage im Zusammenhang mit den bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Lausanne. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ueber den Zeitpunkt der Einberufung der Gesamtfraktion soll in der nächsten Vorstandssitzung entschieden werden.

*

Reichspräsidentenwahl im Februar?

Neue Taktik Brünings.

Am 26. April 1925 wurde Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Am 5. Mai hat er dann sein Amt angetreten. An diesem Tage des Jahres 1932 läuft seine siebenjährige Amtsperiode ab. Da nach den bisherigen Erfahrungen zwei Wahlgänge stattfinden müssen, war der erste Wahlgang für den 13. März in Aussicht genommen. Nach der Ablehnung der Harzburger verfolgt Brüning jetzt die Taktik, Hindenburg trotz seines bisherigen Widerstrebens doch zur Kandidatur bei der Volkswahl zu bewegen und zwar in der Weise, daß alle Parteien sich mit seiner Kandidatur einverstanden erklären und nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. In dem Falle würde eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgang gesichert sein. Um die Sache zu beschleunigen, soll dann der Termin der Präsidentenwahl schon auf einen früheren Tag vorverlegt werden und zwar in Februar. Ob es freilich möglich ist, alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unter einen Hut zu bringen, ist wohl sehr die Frage.

In der „Deutschen Allg. Ztg." liest man, daß die Verhandlungen am Montag eine neue Wendung genommen hätten. Die Einigung werde nunmehr auf dem Wege der regulären Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk führen. Reichskanzler Brüning habe am Montag die Landvolkparteiler v. Hauenschild und Döbrich, die Staatsparteiler Weber und Meyer, den Wirtschaftsparteiler Mollath und den Volksnationalen Vornemann empfangen. Heute würden sich die Besprechungen mit dem Christlich-Sozialen Simpfendörfer und dem bayerischen Volksparteiler Leicht anschließen. Mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage werde empfohlen, den ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl bereits am 21. oder 28. Februar stattfinden zu lassen.

Die Sozialdemokratie vollkommen frei.

Der „Vorwärts" schreibt zu dem Plan, Hindenburg als alleinigen Kandidaten aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zur Volkswahl zu stellen, solange nicht eine Erklärung sämtlicher in Betracht kommender Parteien vorliege, dürfte der Reichspräsident kaum seine Bereitwilligkeit erklären, eine neue Kandidatur anzunehmen. Eine solche Erklärung der Parteien liege aber nicht vor. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei sei keinerlei Bindungen eingegangen und besitze nach jeder Richtung volle Handlungsfreiheit.

Nach Brünings Erklärungen.

Hoesch bei Laval.

Paris, 12. Januar. (Eig. Drahtb.). Der deutsche Botschafter von Hoesch ist am Montag nachmittag von seiner Berliner Reise nach Paris zurückgekehrt. Er hatte unmittelbar nach seiner Ankunft eine Unterredung mit Laval, die über eine halbe Stunde dauerte und sich auf die Erklärungen Brünings in der Reparationsfrage bezog.

Laval lehnt Brünings „These" ab.

Paris, 12. Januar. In amerikanischen Kreisen in Paris erklärt man, daß Ministerpräsident Laval dem deutschen Botschafter v. Hoesch im Verlauf seiner Unterredung am Montag erklärt habe, daß die These des Reichskanzers hinsichtlich der Reparationen für Frankreich unannehmbar sei.

Die Taktik der Engländer.

London, 12. Januar. (Eig. Drahtb.). Der am Montag abgehaltene Kabinettsrat hat noch keine Entscheidung über die Taktik der Engländer auf der Lausanner Konferenz gebracht. Bei der nächsten Sitzung wird man den Bericht von Sir Frederic Leithroß, der für das englische Schatzamt in Paris verhandelt, und am Montag nachmittag eine längere Unterredung mit dem französischen Finanzminister Flandin hatte, vorliegen haben. Auf der Konferenz wird England durch Finanzminister Chamberlain, Außenminister Sir John Simon und Handelsminister Runciman vertreten sein. Der Handelsminister gehört der liberalen Partei an.

Italien ist nicht überrascht.

Rom, 12. Januar. (Eig. Drahtb.) Was den Standpunkt der italienischen Regierung zu der Erklärung Brünings über die Unmöglichkeit zur Zahlung der Reparationen angeht, so wird in unterrichteten Kreisen versichert, daß sie Italien keine Ueberraschung bildete. Die Regierung nehme diese Erklärung ohne nervöse Erregung auf, vielmehr im Geiste vollen Verständnisses für die deutsche Lage. Aehnlich äußern sich am Montag auch die Leitartikel der italienischen Presse.

Ruhige Beurteilung in Belgien.

Brüssel, 12. Januar. (Eig. Drahtb.) Die belgische Presse beurteilt die Erklärungen Brünings über die Reparationszahlungen ziemlich zurückhaltend, natürlich mit Ausnahme der von Paris aus inspirierten nationalen Zeitungen, die von unverschämter Anmaßung und dergleichen reden. In Regierungskreisen ist die Haltung vollkommen ruhig. Es wird erklärt, daß die belgische Regierung keinerlei amtliche Mitteilung der deutschen Regierung erhalten habe, und daß andererseits die Aeußerungen Brünings in den ersten Gerüchten offenbar ganz unzutreffend wiedergegeben worden sind. Unter diesen Umständen bestehe für die belgische Regierung keinerlei Anlaß, zu den Erklärungen Brünings Stellung zu nehmen.

Triumph der Solidarität.

Das Rettungswunder der Karstengrube.

Sie leben, sie sind da, die verschütteten Bergleute der Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen in Oberschlesien. Aus dem Grab, aus der Kohlenhöhle hat sie die Treue und Hingabe der Kameraden gerettet. Es gibt noch Wunder.

Sie haben nicht umsonst gehofft, die Verschütteten, nicht umsonst an ihre Kameraden geglaubt — 140 Stunden lang, 140 Stunden im Rachen des Todes, 140 Stunden in Hunger, Durst und Zweifellung und Finsternis. 140 Stunden konnten sie Gewissenserforschung halten und zurückblicken auf ein Leben voll von Sorge und Not, in Not und Sorge für Frau und Kinder, die zuhause bereits den Vater beweinten. 140 Stunden Rückblick von drüben, hinter dem Tor des Todes! Und denn noch Zuversicht und Glauben an die Kameraden.

Diese Kameraden — 140 Stunden im Wettlauf mit dem Tod! Werden sie es schaffen? Werden sie stärker sein als das Gebirge? Der Pickel fliegt, der Bohrer dröhnt, die Pulse fliegen, der Schweiß fließt in Strömen, die Kniee zittern — macht nichts, es wird weiter gegraben — nach Menschen gegraben. Kohlen gräbt man ja alle Tage. Dieses Mal aber galt und gilt es, Menschen, womöglich lebendige Menschen aus dem Grab zu graben. Immer neue Widerstände wirft das tückische Gestein in den Weg, immer von neuem werden sie überwunden, weggeschafft, weggetragen, weggerissen — 140 Stunden lang. Sie müssen durch, durch das Tor des Todes, hinter dem lebendige Kameraden warten, warten, hoffen und warten, klopfen und horchen, ob nicht einer ist, nicht einer von den Kameraden tief unten in der Grube, der sie hört, der sie rettet. Und die Menschengräber graben, graben 140 Stunden lang. Sie überwinden den Tod. Sie holen sie heraus, aus den Armen des Todes zum Leben, aus der Nacht zum Licht, und geben den Kindern den Vater wieder, den Mann der Frau, den Freund dem Freund. Hoch klingt das Lied vom braven Bergmann der Karstengrube.

Der Reichspräsident hat die Retter der Karstengrube beglückwünscht. Mit ihm beglückwünscht sie ganz Deutschland. Glückwünsche sind aber, und wenn sie noch so sehr von Herzen kommen, nur Worte. Das Rettungswunder der Karstengrube solle der Regierung Veranlassung sein, auch ihrerseits ein Beispiel von Solidarität und Mitgefühl zu offenbaren. Jahr-aus, Jahrein werden immer wieder die Bergleute bei großen Katastrophen mit Anerkennung und Lobreden überschüttet. Wenn es aber gilt, aus dieser Anerkennung auch einmal die Konsequenzen zu ziehen — wo bleibt dann die Weitherzigkeit? Dann hat immer nur der Verstand das Wort. Dann wird immer nur gerechnet und gerechnet. So war es erst vor kurzem wieder in dem Augenblick, als in der Lohnfrage über die Brotration des Bergmannes entschieden wurde. Ist es denn nicht ein entsetzlich hartes Brot — dieses Brot der Kohlengräber? Ist sich denn nicht alle Welt darüber im klaren, daß man den Schwerstarbeiter nicht beinahe an die letzte Stelle der Lohnreihe plazieren kann? Nicht Dank hat der Bergmann geerntet, sondern Unrecht, als die Lohn-Notverordnung über die Arbeiterschaft verhängt wurde. An der Arbeitsfront des Kumpels geht es auch nicht um Zahlen, es geht da immer um Kopf und Kragen. Wenn auch die Bergleute nur rechnen würden — wo bliebe der Bergbau, wo bliebe die Wirtschaft, wo wären in den letzten Jahren wiederholt Volk und Staat geblieben? Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt. Das ist aber kein Grund für die anderen, auch an ihn zuletzt zu denken.

Weithin leuchtet das Beispiel der armen Kohlengräber des Beuthener Revier. Auch von diesen armen Kohlengräbern könnten die großen Herren in Deutschland und in der Welt draußen etwas lernen. Sie zeigen, was Glaube und Hingabe und Kameradschaft vermögen, sie zeigen, daß nur durch Solidarität Hilfe in der Not möglich ist. Da verhandeln sie zurzeit wieder einmal in Genf und zwar ausgerechnet wieder einmal über das Arbeitsschicksal der Bergleute. In der Verkürzung der Arbeitszeit haben sie wieder einmal — nichts erreicht. Wieder einmal werden die Beugleute vertröstet, weil die Unternehmer und Regierungen sich nicht verständigen können, nicht solidarisch vorgehen wollen. Solidarität und Kameradschaft — für die kapitalistische Wirtschaft sind das fremde Begriffe und so geht der Kohlenkrieg weiter. Die Opfer dieses mörderischen Krieges bringt der arme Bergmann. Hunderttausende seiner Kameraden werden arbeitslos und Frau Sorge ist heute überall in den Bergmannsstuben ständiger Gast.

Hoch klingt das Lied der Kameradschaft der Bergleute! Es ist kein neues Lied. Durch die Welt macht zurzeit der Film „Kameradschaft" die Runde, der die Solidarität der deutschen mit den französischen Bergleuten beim Grubenunglück von Courrieres im Frühjahr 1906 verherrlicht. Dieser Kameradschaftsfilm hat sich nur in den Arbeiterquartieren ein Publikum zu sichern verstanden. Die vornehme Welt hat sich für ihn wenig interessiert und er mußte daher in manchem vornehmen Viertel in den Kinos sehr rasch wieder Militärfilmen oder irgendwelchem Unterhaltungsunsinn Platz machen. Auch ein Zeichen der Zeit! Die kapitalistische Welt hat kein Interesse für die Großtaten der Armut, für Triumphe der Arbeitersolidarität. Sie kann sich nur für kriegerischen Heldenruhm oder allenfalls für Großtaten der Technik und des Sportes begeistern.

Dennoch: Hoch klingt das Lied der Arbeitersolidarität.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0001

Frankreich revanchiert sich.

Bei der Kreditverlängerung in Basel.

Basel, 11. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Erklärungen des Reichskanzlers über den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage haben den Verwaltungsrat der BIZ. am Montag auf Antrag des Gouverneurs der Bank von Frankreich zu dem Beschluß veranlaßt, den der Reichsbank gewährten Dollarkredit, der am 4. Februar fällig wird, nicht ohne gewisse Bedingungen zu verlängern.

Reichsbankpräsident Dr. Luther gab inbezug auf den Antrag der Befürchtung Ausdruck, daß die deutsche Währung erschüttert werden würde, wenn der Kredit nicht bedingungslos erneuert werde. Ihm soll darauf erwidert worden sein, daß die Verantwortung für eine solche Folge der deutschen Regierung zufalle.

Frankreich verlängert nur bis 4. März.

Paris, 12. Januar. Der „Matin" erklärt im Zusammenhang mit der Baseler Sitzung der BIZ., daß der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, den Verwaltungsrat der BIZ. davon verständigt habe, daß die Genehmigung Frankreichs zur Verlängerung des Reichsbank-Rediskontkredites über einen Monat hinaus (also über den 4. März hinaus b. Red.) sehr unwahrscheinlich sei. Das Blatt fügt hinzu, daß unter diesen Umständen die Rechte Frankreichs vollkommen gewahrt seien, da der Einspruch des französischen Vertreters genüge, um die Verlängerung der Hälfte des 100 Mill. Dollar-Kredites, nämlich 25 Millionen der Bank von Frankreich und 25 Millionen der BIZ. zu verhindern.

Klärung in Hessen.

Mit den Nazis ist nicht zu regieren.

Die Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Neubildung der Regierung in Hessen sind nunmehr im negativen Sinne abgeschlossen worden. Nach Wochen haben die Nationalsozialisten jetzt auf die Stellungnahme des Zentrums zu den Nazi-Forderungen eine Antwort erteilt, die ihrem bisherigen größenwahnsinnigen Auftreten gegenüber anderen Parteien entspricht. Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", schreibt dazu:

„Der in Hessen gemachte Versuch, die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in dem beschränkten Aufgabenkreis einer Länderregierung zu prüfen, endete unsererseits mit der Feststellung, daß eine Basis für diese Zusammenarbeit nicht vorhanden ist. Ihre primitivsten Voraussetzungen werden von den Nationalsozialisten in einer Weise bestritten und verneint, daß dieses negative Ergebnis unvermeidbar blieb. Das hessische Volk, auf dessen Willen sich die Nationalsozialisten in der Vertretung ihrer ultimativen Forderungen sachlich und zahlenmäßig sehr zu Unrecht berufen, wird also auf eine nationalsozialistische Regierung verzichten müssen. Dieser Verzicht wird ihm nach Lage der Dinge gewiß nicht schwer fallen."

In Hessen bleibt also die Regierung der Weimarer Koalition im Amt! Der Plan der Nationalsozialisten, sie auf dem Wege über einen Volksentscheid auf Auflösung des hessischen Landtages und anschließenden Neuwahlen endgültig zu stürzen, dürfte ebenfalls zum Scheitern verurteilt sein.

Höhere Butterzölle?

Der deutsche Landwirtschaftsrat hat an den Reichskanzler, den Reichsernährungs-, Reichswirtschafts- u. Reichsfinanzminister ein Telegramm gerichtet, das die sofortige Erhöhung der Butterzölle verlangt.

Nach unserer Kenntnis wird mehr als die Verdoppelung des jetzigen Butterzolls von 50 Mark verlangt. Reichsregierung und Oeffentlichkeit werden für so sturmreif gehalten, daß man einen sofortigen Erfolg erwartet.

Wir warnen vor jeder übereilten Entschließung. Deutschland kann sich Hunderttausende neue Arbeitslose nicht leisten. Das aber wäre die Folge der Butterzollerhöhung, die Deutschlands wichtigste, bis jetzt noch bestehende Handelsverträge über den Haufen wirft. Sicher sind die Butterpreise niedrig. Sicher ist die Buttereinfuhr gestiegen. Aber das die Erlöse der Landwirtschaft so niedrig sind, hängt nicht nur mit den Preisen, sondern auch mit den Kosten zusammen.

Wir haben in Deutschland den Skandal, daß im Jahre 1931, während alle anderen Preise abstürzten, der Futtermittelindex noch gestiegen ist, gegenüber dem März 1930 sogar um mehr als 8 Proz. Er ist gestiegen, weil man die Körnerfrucht mit Gewalt im Preise hochgehalten hat, also die Großagrarier auf Kosten der Bauern und der Verbraucher schützte. Das Ausland kann seine Butter nicht nur wegen der Währungsentwertungen, sondern vor allem wegen seiner billigeren Futtermittel den hohen deutschen Butterzoll jetzt überspringen lassen. Außerdem hat die letzte Notverordnung ja gerade deshalb, weil die Währungserschütterungen auch die ausländische Butterkonkurrenz verschärfte, die Zins-, Frachten- und Lohnsenkung durchgeführt gerade für die Landwirtschaft und so die Produktionskosten schon jetzt gesenkt.

Der Erlös der Bauern soll erhöht werden, dazu hilft aber kein höherer Butterzoll, sondern nur eine Senkung der Futtermittelkosten. Wer in Deutschland mit Zöllen die Butterpreise erhöht, mildert die Bauernnot nicht, sondern verschärft sie. Denn es wird ja immer weniger Butter gekauft; die Preise müssen sofort wieder und um so stärker sinken.

Die Legalen.

Wie Hitler mit dem Stahlhelm den Münchener Putsch vorbereitete.

Halle, 11. Januar. (Eig. Drahtb.). Der Münchener Bürgerbräu-Putsch war von Hitler in Uebereinstimmung mit dem Stahlhelm vorbereitet worden. Hier der Beweis:

Am Schlusse eines „Wie lange noch legal?" überschriebenen Artikels, der sich mit Hitlers Bürgerbräu-Putsch am 9. November 1923 beschäftigte, hatte das Hallesche nationalsozialistische Halbwochenblatt von dem einstigen Waffenstillstandskommissar und heutigen zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Theodor Duesterberg, behauptet, daß er sich „unter denen befunden habe, die in der letzten Stunde der Entscheidung die — — — Heimreise antraten."

In einer Berichtigung an das Naziblättchen bezeichnet Duesterberg diese Behauptung als unwahr. Wahr sei vielmehr, daß er acht Tage vor dem Münchener Putsch in Begleitung des Grafen Helldorf in München war und dort Ludendorff, Lossow, Ehrhardt, Seißer und Griebel, den damaligen militärischen Berater Hitlers, aufsuchte, um unter allen Umständen ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Von München sei er mit Helldorf nach Dresden gefahren. Dann sei Helldorf nach fünf Tagen, als von München keine Nachricht gekommen sei, in seinem (Duesterbergs) Auftrage nochmals nach München geeilt. Er sei am 10. November vormittags zurückgekommen, als durch Funkspruch in Halle schon das Scheitern des Münchener Putsches bekanntgegeben war.

Die Invaliden-Versicherung.

Nur durch Reichshilfe kann sie saniert werden.

Was wird aus den Invalidenrentnern? Eine sehr ernste Frage. Die deutsche Sozialversicherung steckt in schwerer Bedrängnis, aber kein Zweig dieser Versicherung ist so stark bedroht wie der der Invaliden.

Sollen die Renten gekürzt werden? Kurz nach dem Erlaß der Vierten Notverordnung schrieb der Fachleiter der sozialpolitischen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Grieser, in einem Aufsatz, der sich mit den Auswirkungen der Notverordnung auf die Sozialversicherung befaßte: „Für die Fahrt zwischen den Klippen und Untiefen 1932 hätten die Renten gekürzt werden müssen. Die Notverordnung steht davon ab, sie hebt nur Leistungen auf, die nach Grund und Zweck eher zu den Aufgaben der Fürsorge gehören." Mit den Ersparnissen der Notverordnung ist die Gefahr der Rentenkürzung nicht gebannt. Die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, bei der zurzeit im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung befindlichen Sanierung der Invalidenversicherung auf dem Posten zu sein.

Sanierung durch Rentenkürzung — das wäre eine Grausamkeit ohne gleichen. Wie niedrig die Invalidenrenten sind, tritt in den jüngsten Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes scharf und kraß in Erscheinung. Die durchschnittliche monatliche Rente in der J. V. beträgt 36,83 Mark. Die größtmögliche Rente betrug 1931 = 65,90 Mark und die niedrigste 20 Mark. Der Durchschnitt liegt also bei 37 Mark. Die niedrigsten Renten überwiegen; denn sonst müßte der Durchschnitt höher liegen. Wie soll nun ein Invalide bei diesen niedrigen Renten existieren? Wer hat den Mut, solche Renten noch zu senken? Das bißchen Mietekürzung fällt ja kaum ins Gewicht. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß doch die invalide gewordenen Arbeiter eine ganzes Leben lang ihre Beiträge gezahlt haben. Will man sie trotzdem nun förmlich dem Verhungern preisgeben? Mit Rentenkürzung geht es nicht.

Wie aber sonst? Für 1932 rechnet man mit einem Fehlbetrag von rund 280 Millionen. Durch die Vierte Notverordnung ergibt sich für die Träger der Invalidenversicherung eine jährliche Minderausgabe von etwa 70 Millionen. Im einzelnen rechnet das Reichsarbeitsministerium mit folgenden Ersparnissen: Wegfall der Kinderzuschüsse für über 15 Jahre alte Kinder 12 Millionen, Wegfall der Waisenrenten für Kinder über 15 Jahre 21 Millionen, Wegfall der Spitzrenten 20 Millionen, Abrundung der Rentenbezüge 2 Millionen, Wegfall der Witwenrenten (nach Art. 3 der Novelle 1929) 18 Millionen. Dazu kommen in diesem Zusammenhang noch Ersparnisse für das Reich in Höhe von rund 27 Millionen. Bei einer jährlichen Minderausgabe von 70 Millionen bliebe also noch ein Fehlbetrag von etwa 200 Millionen.

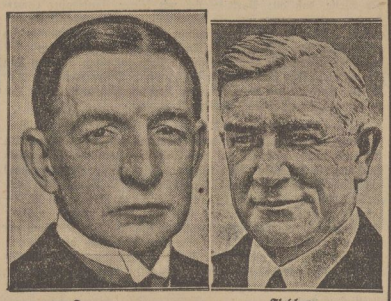
Die Frage ist nun: Wie diesen Fehlbetrag decken? Durch Erhöhung der Invalidenbeiträge ist das nicht zu machen, wenigstens nicht in einer Zeit der Wirtschaftskrise und des Lohnabbaus. Könnte der Fehlbetrag aus den vorhandenen Vermögensbeständen einstweilen gedeckt werden, bis sich die Wirtschaft wieder erholt hat? Genügend große Vermögensbestände wären vorhanden. Sie sind jedoch eingefroren. Was nun?

Zu dieser hochernsten Frage nimmt in der „Deutschen Invalidenversicherung" (Nr. 1, 1932) Präsident J. R. Dr. Schröder-Kassel, Vorsitzender des Reichsverbandes deutscher Landesversicherungsanstalten, Stellung. Er kommt, ähnlich wie die Gewerkschaften, zu folgender Antwort: „Hier kann nur das Reich helfen, und das ist auch seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, denn es darf daran erinnert werden, daß das Reich den deutschen Landesversicherungsanstalten zwangsweise einen Betrag von rund 164 Millionen Reichsschatzanweisungen des Jahres 1935 entsteile baren Geldes gegeben hat. Diese Reichsschatzanweisungen muß das Reich jetzt zurücknehmen, und es kann Abhilfe dadurch geschaffen werden, daß das Reichsfinanzministerium in ganz geringen Mengen eine Lombardierung dieser Reichsschatzanweisungen zulassen will. Freilich wird durch die Rücknahme der 164 Millionen Reichsschatzanweisungen keine endgültige Sanierung eintreten. Vielmehr ist nur für das Jahr 1932 eine teilweise Hilfe geschaffen, so daß die Hoffnung besteht, wenigstens über das vielleicht schwerste Jahr 1932 hinwegzukommen. Kann das Reich durch Zurücknahme der Schatzanweisungen nicht helfen, so drohen die schwersten Gefahren. Die deutschen Landesversicherungsanstalten haben schon jetzt zum Teil ihre Postvorschüsse nicht zahlen können, und es wird naturgemäß von Monat zu Monat schlimmer."

Die organisatorische Reform, die vom Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird, hat nach der Auffassung Schröders für die Frage der Sanierung der deutschen Sozialversicherung so gut wie gar keine Bedeutung. Das gehe zum Beispiel ja schon daraus hervor, daß die Verwaltungskosten der Invalidenversicherung nur 5 Proz. ausmachen — ein Betrag, der wesentlich nicht gekürzt werden könne. Auf dem Organisationsweg sei eine Hilfe — wenn überhaupt — so doch sicher nicht im Augenblick zu erwarten. Darauf kommt es aber in erster Hinie an, denn wenn eines Tages die Reichspostverwaltung dazu übergehe, die Auszahlung der Renten von dem vorherigen Empfang des Vorschusses abhängig zu machen, dann sei ein trostloser Zustand geschaffen. Sollten dann die Renten nicht mehr ausgezahlt werden, so wäre das ein furchtbarer Schlag für alle Invalidenrentenempfänger.

Also bleibt kein anderer Ausweg als der: das Reich muß helfen. Reichshilfe oder Rentenkürzung: so steht die Frage. Das Reich hat schon vielen geholfen, vielen, die nicht hungern. Soll ausgerechnet den Hungernden nicht geholfen werden?

Amerikanischer Botschafterwechsel in London.



Dawes. Fletcher.

Charles Gates Dawes, der Botschafter der USA. in London und Vater des Dawes-Plans, beabsichtigt mit Abschluß der Abrüstungskonferenz seinen Posten niederzulegen und sich als Präsident der Chikagoer Central-Republic-Bank ins Privatleben zurückzuziehen. Angeblich soll Dawes die Absicht haben, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen.

Henry Fletcher, der frühere Botschafter Amerikas in Rom, der zurzeit das Amt des Vorsitzenden der amerikanischen Zollkommission bekleidet, soll als Nachfolger der General Dawes zum Botschafter in London ausersehen sein.

Zur Lage in Indien.

Frau Gandhi verhaftet.

London, 11. Januar. (Eig. Drahtb.). Frau Gandhi ist am Montag in Bardoli wegen Propaganda gegen die Zahlung der Landessteuer verhaftet worden. Mit ihr wurden mehrere Frauen und weibliche Verwandte von Kongreßmitgliedern gefangen genommen. Die Frau des Mahatma kommt damit zum erstenmal in ein englisches Gefängnis. Bei der vorigen Ungehorsamskampagne wurde sie in Freiheit gelassen, obwohl sie auch damals aktive Propaganda für den Kongreß betrieb. Sie hatte diesmal darum gebeten, ihrem Manne ins Gefängnis folgen zu können.

Verhandlungen über die französische Regierungsbildung.

Paris, 11. Januar. (Eig. Drahtb.). Ministerpräsident Laval hat die für Montag vorgesehenen Verhandlungen über die Kabinettsumbildung auf Dienstag verschoben. Der Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß verschiedene Minister, darunter Tardieu, und der Präsident der radikalen Partei, Herriot, von Paris abwesend sind und der Ministerpräsident aus Achtung vor dem Parlament die Eröffnung der Session abwarten will.

Heimwehr-Stipendiat Mussolinis!

Innsbruck, 11. Januar. (Eig. Drahtb.) In Innsbruck hat der Heimwehrführer Steidle die verantwortlichen Schriftleiter des christlichen Arbeiterbundes und der sozialdemokratischen Volkszeitung wegen Ehrenbeleidigung verklagt. Sie boten den Wahrheitsbeweis an, daß Steidle sein Ehrenwort gebrochen und daß er sei am 10. November vormittags zurückgekommen, als durch Funkspruch in Halle schon das Scheitern des Münchener Putsches bekanntgegeben war.

Die Kohlenkonferenz in Genf.

Genf, 11. Januar. (Eig. Drahtb.) In der Kohlenkonferenz des Völkerbundes gaben die Vertreter aller Gruppen der Kohlenhändler am Montag Lageberichte. Ausnahmslos wurde anerkannt, daß in Europa eine Organisation der Kohlenwirtschaft geschaffen werden müsse, um den wirtschaftlichen Verwüstungen Einhalt zu gebieten.

Von den Bergarbeitervertretern wurde insbesondere auf die sozialen Verschlechterungen hingewiesen, die die Kohlenkrise bis jetzt mit sich gebracht hat. Ein Millionenheer sei im internationalen Bergbau arbeitslos. Bei steigenden Produktionsziffern seien die Arbeitsbedingungen ständig verschlechtert worden.

Klagges verbietet weiter.

Braunschweig, 11. Januar. (Eig. Drahtb.). Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges, der seinen Vorgänger Franzen in jedem Fall übertreffen will, hat am Montag den Schulgebrauch des Buches „Im Westen nichts Neues" untersagt. Seine Verfügung lautet: „Aus bestimmtem Anlaß verbiete ich sämtlichen Schulen des Freistaates Braunschweig mit sofortiger Wirkung jede Verwendung des Buches von Remarque „Im Westen nichts Neues" als Klassensesstoff noch sonst im Unterricht. Das Buch ist aus allen Schulbüchereien sofort zu entfernen." — Die Verfügung mutet an, als ob Nazi-Klagges „Im Westen nichts Neues" nie gelesen hat. Wäre das verwunderlich?

Die internationale Pressetagung.

Kopenhagen, 11. Januar. Montag vormittag wurde im Reichstagssaale der Christiansburg die internationale Pressetagung, an der sämtliche geladenen Pressechefs der Regierungen, die Leiter der großen amtlichen und der unabhängigen Nachrichtenbüros sowie die Vertreter der journalistischen Weltorganisation vertreten sind, eröffnet. Der dänische Außenminister betonte in seiner Begrüßungsrede, daß es selten notwendiger gewesen sei als gerade jetzt, den Geist der Zusammenarbeit auszubauen. Gegenwärtig sehe es so aus, als stünden wir auf der Schwelle zu einem Wirtschaftskriege, der soziale und internationale Umwälzungen mit sich bringen könne, deren Tragweite niemand ermessen könne. Der Einfluß der Presse auf die öffentliche Meinung sei riesig.

Ein Präsident von Peru,

der sich bestechen ließ.

Im Laufe der Untersuchung über die von amerikanischen Bankiers aufgelegten ausländischen Anleihen erklärte Frederick Strauß, Mitglied des Bankhauses J. und W. Seligmann, daß seine Firma die Summe von fünfzehntausend Dollar dem ehemaligen Präsidenten von Peru Leguia gegeben hätte, um den Kontrakt für die Auflegung einer großen peruanischen Anleihe in Newyork zu erhalten. Im ganzen habe seine Firma fünfhundertunddreißigtausend Dollar an gewisse Persönlichkeiten in Peru für diesen Kontrakt bezahlt.

70 Optanten-Familien ausgewiesen. Die polnische Regierung hat etwa 70 deutsche Optantenfamilien aus dem Korridor-Gebiet ausgewiesen. Es haben Besprechungen des deutschen Generalkonsuls in Thorn mit dem dortigen Wojewoden stattgefunden. Das bisher vorliegende Material hat sich aber nicht als vollkommen hieb- und stichfest erwiesen, da eine Reihe der Ausgewiesenen tatsächlich nicht im Besitz von ordnungsmäßigen Pässen oder die Registrierungspflicht versäumt hatte. Ein neuer Bericht, der eingefordert worden ist, ist nunmehr eingetroffen. Weitere Stellungnahme ist erst möglich, wenn die Prüfung des Berichts abgeschlossen ist.

Im Calmette-Prozeß beantragte am Montag Rechtsanwalt Dr. Wittern die Ladung neuer Zeugen, die insbesondere die Unglaubwürdigkeit der Aussagen von Prof. Dr. Kloß über den Befund des Kindes Neuner beweisen sollen. Bei der Zeugenvernehmung wurden auch noch verschiedene Unstimmigkeiten festgestellt, die Prof. Kloß nicht eingehend klären konnte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0002

Aus aller Welt

Die Revolverschüsse auf den italienischen Generalkonsul in Paris.

Der italienische Student Richichi

gab auf den italienischen Generalkonsul in Paris, Gentile, mehrere Revolverschüsse ab und verwundete ihn schwer. Der Attentäter, der in Palermo gebürtig ist, konnte sofort nach der Tat ergriffen werden. Er gibt an, daß ihn lediglich persönliche Gründe zu seinem Vorgehen veranlaßt hätten.

Sklareks verschlossene Kuverts.

In der Montag-Verhandlung im Berliner Sklarek-Prozeß wurden noch einmal die vordatierten Renomierschecks erörtert, die von der Firma Sklarek in verschlossenen Kuverts bei der Stadtbank eingereicht wurden und dort als Unterlage für Kredite in Höhe von mehreren hunderttausend Mark genügten. Leo Sklarek machte hierzu die Mitteilung, daß der Gedanke mit den verschlossenen Kuverts von dem angeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann selber stamme und meinte: „Wenn nichts in den Kuverts gewesen wäre, hätten wir auch Geld bekommen." Leo Sklarek führte weiter aus, daß dieses ganze Kuvertsystem nur zur Verschleierung für die Unterorgane eingeführt worden sei. Hoffmann, der nach seinen Worten „von der Bonität der Sklareks restlos überzeugt" war, bestritt die Absicht einer solchen Verschleierung. Auch der mitangeklagte Stadtbankdirektor Schmidt behauptete, daß sich Leo Sklarek alles aus den Fingern sauge und daß eine Geheimhaltung der Kredite völlig unmöglich gewesen sei. Als dann schließlich der Verdacht der „Scheckreiterei" der Sklareks selbst bei der Stadtbank aufgetaucht war, ließ Hoffmann pro forma eine Revision bei den Sklareks durchführen. Aber diese Revision wurde vorher angekündigt . . . .

Blutrache im Irak.

Das Gericht in Bagdad verurteilte den Beduinen Abdul Abdallah Beg Fahrik wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode. Fahrik hatte den Generaldirektor des Irakischen Innenministeriums Abdallah Beg Sana in seinem Büro erschossen. Der Täter hatte nicht den geringsten persönlichen Haß gegen den Ermordeten. Er fühlte sich lediglich als Vollstrecker des Willens einer sich in ihrer Ehre gekränkt fühlenden Familie.

Abdallah Beg Sana, einer der begabtesten jüngeren irakischen Beamten, hatte sich während seiner Tätigkeit als Distriktskommissar von Saadun mit einer Tochter des verstorbenen Scheiks Abdel Muazin Beg aus der berühmten Familie der Saadun verlobt. Die Saadun leiten ihre Herkunft aus königlichem Geschlecht ab und gehören zu der Beduinenaristokratie des südlichen Irak. Abdallah Beg hatte indes nicht das „Glück", seiner Braut an Abkunft ebenbürtig zu sein. Der Clan der Saadun setzte nun in der Residenz Himmel und Hölle in Bewegung, um die Heirat zu verhindern, weil die Vorfahren des Bräutigams Sklaven gewesen sein sollen. Alle Proteste blieben umsonst und die Hochzeit fand statt. Fahrik as Saadun, ein Vetter des Schwiegervaters, übernahm es, die Familienehre wieder mit Blut rein zu waschen. Bei seinem Verhör berief er sich darauf, daß die Reinhaltung des Blutes das höchste Ziel seiner Sippe sei. Die Freunde seines Stammes trugen sich bis zuletzt mit der Hoffnung, daß die Angelegenheit nach dem für die Wüstenbeduinen geltenden Recht, das in Angelegenheiten von Stammes- und Blutrache auf die Anschauung der Wüstensöhne Rücksicht nimmt, behandelt werde. Das Gericht entschied in diesem Fall, der für die Spannungen zwischen dem nordischen und dem städtischen Element im Irak typisch ist, jedoch anders.

Chinesische Schreckensstatistik.

Aus China in Kalkutta eingetroffene Missionare, die als Mitglieder des Internationalen Hilfskomitees tätig gewesen sind, haben aufsehenerregende Mitteilungen über die Zahl der in den beiden Schreckensjahren 1929 und 1930 in China ums Leben gekommenen Menschen gemacht. Allein in der Provinz Kansu sind nach vorsichtigen Schätzungen 8 Millionen Menschen in dieser Zeit durch Hunger, Pest und Schwert zugrunde gegangen. Die Ziffern von Kansu sind für die Vorgänge im ganzen Norden Chinas typisch. Ueberall hatte der Lebensmittelmangel Hunger, Fieber und Typhus zur Folge und war von einer langen Periode des allgemeinen Blutvergießens begleitet. Durch das Erdbeben vom 16. September 1930 wurden innerhalb zehn Minuten eine Million Menschen getötet. Durch die Yangtse-Ueberschwemmungen im vergangenen Jahre sind während kurzer Zeit fünfzig Millionen Menschen obdachlos geworden.

---

50 000 Mark unterschlagen. Am Montag mittag stellte sich auf dem Berliner Polizeipräsidium der 47 Jahre alte Rendant Knecht von der Solinger Sparkasse und gestand, 50 000 Mark unterschlagen zu haben. Nachforschungen bestätigten die Richtigkeit der Aussage Knechts. Nach seiner Defraudation war er zunächst mit Auswanderungsabsichten nach Bremen, dann aber nach Berlin gefahren, wo er den gesamten Betrag verjubelte.

Internationale Blindenlotterie. In Paris wurde in Anwesenheit von Delegierten von Blindenverbänden aus der ganzen Welt eine Weltblindenkasse gegründet, deren Mittel durch eine internationale Lotterie aufgebracht werden sollen. Die Organisation dieser Lotterie lehnt sich an das irländische Sweepstake an: eine eigenartige Verbindung zwischen Pferderennen und Lotterie. Das erste Rennen zugunsten der Blinden findet am 18. März in Liverpool statt.

Bata in England. Der tschechische Schuhindustrielle Bata hat in der Nähe von London ein Grundstück erworben, um darauf eine Fabrik für die Massenherstellung von Schuhen zu errichten. Er will ungelernte Arbeitslose darin beschäftigen, die in von ihm zu errichtenden Kolonien wohnen sollen. Er scheint damit zu rechnen — und dies erwarten auch die englischen Schuhfabrikanten — daß er mit unorganisierten Arbeitskräften arbeiten wird und dadurch in der Lage sein wird, seine Konkurrenten zu unterbieten. —

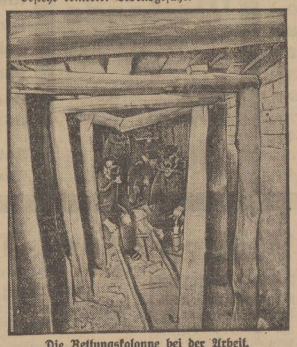
Das Wunder von Beuthen.

Fortgang der Bergungsarbeiten. — Die Geretteten erzählen. — Phantasien in der Todesangst. — Das Abschiedslied.

Beuthen, 11. Januar. (Eig. Drahtb.).

Die Bergungsarbeiten auf der durch Gebirgsschlag teilweise zusammengebrochenen Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen, in der am Sonntag abend sieben verschüttete Bergleute nach 144 Stunden bangen Harrens fast unversehrt gerettet werden konnten, gehen weiter. Sieben weitere Bergleute sind noch durch erhebliche Gesteinsmassen von der Rettungskolonne getrennt. Der seitlich neben der zusammengestürzten Strecke im Kohlenflöz angelegte neue Gang, von dem aus die am Sonntag Geretteten aufgefunden wurden, wird unter Anspannung aller Kräfte vorgetrieben. Von der Stelle, an der die Vermißten beim Einsetzen des Gebirgsschlages gearbeitet hatten, war man am Montag mittag gegen 3 Uhr schätzungsweise 12 bis 13 Meter entfernt. Es dürfte vermutlich weitere 16 bis 20 Stunden dauern, bis man dieses Stück der zusammengebrochenen Strecke erreicht haben wird.

Die Arbeitskameraden der geborgenen Kumpels haben in vorbildlicher Kameradschaft eine ganze Woche lang Tag und Nacht an der Rettung ihrer Kollegen gearbeitet. Die sieben geretteten Bergleute, die sämtlich im Beuthener Knappschaftslazarett liegen, befinden sich den Umständen nach wohl. Auch für die beiden Verletzten — der eine hat Fleischwunden, der andere einen Beinbruch erlitten — besteht keinerlei Lebensgefahr.



Die Rettungskolonne bei der Arbeit.

Die Technik der Rettungsarbeit.

Während der bisherigen Rettungsarbeiten hatten die Grubenbeamten und die Vertreter der Aufsichtsbehörden bei dem Eifer der Kumpels die größte Mühe, die Einhaltung der amtlich vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln durchzusetzen. Nachdem am vorvergangenen Montag abend die gesamten an den Unglücksort vorgetriebenen Stämme durch einen zweiten Erdstoß zu Bruch gegangen waren, wurde parallel zu der Unglücksstrecke eine neue Strecke getrieben, von der aus alle paar Meter Seitengänge nach der Unglücksstrecke angelegt wurden. Das Vordringen in der Unglücksstrecke selbst wäre durch das stete Nachrutschen von Gesteinsmassen fast unmöglich gewesen. Infolge der Eigenart des Gesteins und im Hinblick auf die Möglichkeit weiterer tektonischer Beben durfte nicht geschossen werden; oft konnten die Rettungsmannschaften auch nicht einmal die Spitzhacke benutzen. Das vom Vorderraum mit den Händen losgebrochene und abgekratzte Gestein mußte nach rückwärts weiter gereicht werden. Als am Sonntag nachmittag der Preßluftbohrer angesetzt wurde, um wieder einen Durchgang zur Unglücksstrecke zu schaffen, stieß man auf einen Hohlraum. Plötzlich hörten die Rettungsmannschaften Klopfzeichen und Rufe . . .

Erschütternde Berichte.

Die Geretteten, von denen fünf verheiratet sind, erzählen, daß sie ihr Leben einer Reihe von glücklichen Zufällen verdanken. Die Sieben waren im Augenblick der Katastrophe verstreut und fanden sich erst nach einigen Stunden zusammen. Erstickungsgefahr bestand nicht, weil die Wetterführung in Ordnung geblieben war. Dadurch, daß das Beben mitten in der Schicht eingetreten war, hatten einige noch Brot; auch etwas Kaffee und Wasser war noch vorhanden. Dieser „Proviant" wurde sorgsam verteilt. Man fand auch eine Karbidlampe und Streichhölzer. Besonders stark litten die eingeschlossenen Kumpels in den ersten Tagen ihrer Todesangst durch das unheimliche Rollen der in Bewegung befindlichen Gebirge. Später trat eine völlige Stille ein. „Am Freitag", berichtet einer der Geretteten, „waren wir hier alle fertig. Wir hockten zusammen, und als wir glaubten, daß der Abend da sei, sangen wir uns selbst ein Abschiedslied." Ein anderer erzählt: „Der eine hatte Fieber, der andere begann in dem engen Schachtloch ununterbrochen herumzukriechen, schließlich bedrohten sie sich und hatten furchtbare Angst, daß der eine gegen den anderen losgehen würde und ihm mit der Lampe den Kopf einschlüge."

Vor allem soll der Rohrleger Slama seine verzweifelten Kameraden, von denen der älteste 32 und der jüngste 19 Jahre alt war, immer wieder aufgemuntert und ermutigt haben. Slama erzählt: „Ich habe die Kumpels richtig angeschwindelt. Als wir nach meiner Rechnung schon vier Tage unten waren, da sagte ich: Wir sind ja erst zwei Tage hier; jetzt werden wir sicher bald herauskommen. Und denen, die immerfort nach Wasser riefen und fürchteten, zu verdursten — denen sagte ich: Ihr habt ja heute nacht so viel Wasser getrunken — Ihr habt es bloß im Schlaf gemacht und es dann vergessen." Als sie am Sonntag gerettet wurden, hatten sie — meint Slama — schon alle Hoffnung verloren — —."

*

Die Suche nach den übrigen Sieben.

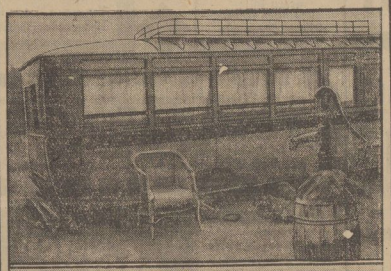
Breslau, 11. Januar. (Eig. Drahtb.). Laut Mitteilung aus Beuthen konnten trotz eiliger Fortsetzung der Rettungsarbeiten bis Montag abend die sieben fehlenden Verschütteten noch nicht geborgen werden. Wie die Geretteten erzählen, dürften von den noch Abgeschnittenen wahrscheinlich mindestens zwei dem Bruch zum Opfer gefallen sein. Ueber den Aufenthalt der anderen fünf läßt sich vorläufig mit Bestimmtheit nichts sagen. Bis jetzt waren keinerlei Klopfzeichen zu vernehmen, so daß wohl mit dem Tode aller noch fehlenden Arbeiter zu rechnen ist. Trotzdem geben die Bergleute selbst die Hoffnung auf eine Rettung ihrer Kameraden immer noch nicht auf. Die Angehörigen der Verschütteten warten nach wie vor an den Toren der Grube auf Nachricht über das Schicksal ihrer Ernährer.

*

Zwei Opfer.

Breslau, 12. Januar. (Eig. Funkm.). Die Rettungskolonne auf der Karsten-Zentrumsgrube ist inzwischen weitere acht Meter vorgedrungen. Sie befindet sich gegenwärtig noch etwa vier Meter von der Stelle entfernt, wo nach Angaben des geretteten Rohrlegers Slama zwei der Verunglückten beim Eintreten des Gebirgsrutsches gearbeitet haben. Es sind die beiden Arbeiter Weiß und Misch, beide sind mit Bestimmtheit tot. Wie die Geborgenen berichten, wurde Weiß von großen Felsblöcken eingequetscht, Misch wurde von den Steinen zu Boden geworfen und konnte sich nicht von der furchtbaren Last befreien. Weiß soll nach zwei, Misch nach drei Tagen gestorben sein. Hilfe konnte man ihnen nicht bringen.

Elendsquartiere am Rande der Großstadt.



In Tegel bei Berlin hat sich gegenüber der bekannten Strafanstalt eine regelrechte Armenstadt aufgetan, die dem Besucher ein Bild namenlosen Elends bietet. In ärmlichen Holzhütten und ausgedienten Omnibuskarosserien fristen hier die Aermsten ihr kümmerliches Leben.

Oben: Ein ausgedienter Omnibus, der einem erwerbslosen Schausteller Obdach bietet.

Unten: Eine primitive Hütte aus Blech, Holzlatten und Dachpappe, in der die Aermsten der Armen nun notdürftig gegen die winterliche Kälte geschützt sind.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte)

Zwei Kinder getötet — weil sie sich ans Auto hingen.

Gladbeck, 12. Januar. Montag mittag wollten die 10 und 12 Jahre alten Brüder Hellmuth und Herbert Reich in Bottrop ihrem Vater, der in Gladbeck beschäftigt ist, das Essen bringen. Beide Jungen kletterten unterwegs auf die Zugstange eines Lastkraftzuges. Einer der Jungen hat wohl das Uebergewicht verloren und beim Sturz seinen Bruder mitgerissen. Beide Kinder kamen unter dem Lastzug und wurden gräßlich verstümmelt. Der eine starb auf dem Wege zum Krankenhaus, der andere gegen Abend an den Folgen seiner schweren Verletzungen.

Fischdampfer bei Cherbourg gesunken.

Paris, 12. Januar. Auf der Höhe von Cherbourg ist am Montag ein Fischdampfer mit drei Mann Besatzung im Sturm gesunken. Ausgesandte Hilfsschiffe fanden nur Wrackteile des Dampfers.

Generalstreik in Spanien.

Madrid, 12. Januar. Kommunisten und Syndikalisten erklärten in Stadt und Land Bilbao den Generalstreik. In Bilbao folgten dem Ruf nur etwa 20 v. H. der Arbeiter. Im umliegenden Industriegebiet jedoch feiert mehr als die Hälfte. In verschiedenen Orten kam es zu kleinen Zusammenstößen. Vor allem in Baracaldo, wo ein Gendarm verwundet wurde. Eisenbahnzüge und Straßenbahnen wurden vielfach aufgehalten, beschossen oder mit Steinen beworfen, so daß zum Schutz Truppen aufgeboten werden mußten. In Arnedo, Provinz Logrono, starben wiederum zwei Verletzte, so daß die Todesopfer des übereilten Schießens der gardia civil zehn betragen.

Neuer Bürgerkrieg in China?

Tokio, 12. Januar. Wie hier verlautet, hat General Feng am Montag seine Truppen aus der Provinz Schansi nach Peking in Marsch gesetzt, wo er General Tschang stürzen und eine neue Regierung bilden will.

Blutige Kämpfe in der Mandschurei.

Moskau (über Kowno), 12. Januar. Einer sowjetamtlichen Meldung aus Schanghai zufolge haben nach der vor einigen Tagen erfolgten Besetzung der Städte Tsinsi und Itschau in der Nähe von Kintschau neue blutige Kämpfe der Chinesen mit den vordringenden japanischen Truppen begonnen, denen die chinesische Heeresleitung große Bedeutung beilegt. Alle verfügbaren chinesischen Truppen sind zusammengezogen worden, um dem japanischen Vordringen Einhalt zu gebieten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0003

EBSTEIN RÄUMT AUF

Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste

Hemdentuch-Reste	jetzt 38	24	10 Pf.
Nessel-Reste	jetzt 28	16	8 Pf.
Weiße Barchend-Reste	jetzt 42	28	14 Pf.
Linon-Reste	jetzt 44	28	18 Pf.
Barchend-Reste gestreift für Hemden	jetzt 68	44	28 Pf.
Rock-Barchend-Reste	jetzt 94	58	38 Pf.
Schürzen-Reste	jetzt 94	64	44 Pf.
Bunte Bettzeug-Reste	jetzt 68	48	38 Pf.
Satin-Reste	jetzt 28	14	10 Pf.
Zefir-Reste	jetzt 64	44	28 Pf.
Trikoline-Reste	jetzt 94	64	32 Pf.
Gardinen-Reste	jetzt 1.24	78	48 Pf.
Rollostoff-Reste	jetzt 1.68	1.24	89 Pf.
Wischtücher	jetzt 24	14	7 Pf.
Handtücher	jetzt 38	26	14 Pf.
Tischtücher	jetzt 2.60	1.94	1.55
Servietten	jetzt 28	14	14 Pf.

Reste und Rest-Bestände zu Pfennig-Preisen!

Tweed-Reste	jetzt 94	75	38 Pf.
Waschsamt-Reste	jetzt 1.18	68	42 Pf.
Woll-Reste	jetzt 1.94	1.44	98 Pf.
Hauskleid.-Reste	jetzt 1.08	74	38 Pf.
Seiden-Reste	jetzt 1.28	98	40 Pf.
Futter-Reste	jetzt 44	28	15 Pf.
Musseline-Reste	jetzt 94	58	28 Pf.
Stickerei-Reste	jetzt 16	12	4 Pf.
Klöppel-Reste	jetzt 12	8	4 Pf.
Languetten-Reste	jetzt 10	6	4 Pf.
Pelz-Reste imit.	jetzt 78	48	24 Pf.
Pelzkragen imit.	jetzt 2.24	1.24	98 Pf.
Damen-Hemden	jetzt 1.24	94	58 Pf.
Unterkleider Kunstseide	jetzt 2.25	1.58	1.38
Schlüpfer Kunstseide	jetzt 1.34	90	Pf.
Knaben-Hemdhosen	jetzt 1.24	94	Pf.

Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste Reste

Massen heraus!

Die „Eiserne Front"
ruft zur Tat.

In der öffentlichen Versammlung am

Freitag, 15. Januar
abends 8 Uhr im „Elysium"
spricht Reichstagsabgeordneter

Franz Künstler
Berlin

Nähen
d. israel. Frauenvereins
Mittwoch nachm. 3 Uhr
Walter Rathenaustr. 32 I
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Heizbares leeres **Zimmer** mit Preisangeb. u. Offert. B. 709 a d. Gesch. d. Ztg.

Kaufe **Kanarienhähne** u. Weibchen, auch weiße, Isabellen u. Bastarde a. Art sow. Wellensitt. u. Papageien, am Mittwoch, den 13. Januar, von 2½ bis 5 Uhr, in Halberstadt, in Herbst's Restaurant, Ecke Weingarten und Kühlingerstraße.

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautschäden u. offene Beine. Ratsapotheke

Einlegesohlen
gegen kalte und nasse Füße.
Löwen-Drogerie
Walter Rathenaustr. 60.

Stadt-Theater

Dienstag, den 12. Januar 1932, 20—22¾ Uhr:
„Liebling, adieu!"
Musikalisches Lustspiel von Max Bertuch und Willy Rosen.
Preise: 0.65—4.20 Mark.

Mittwoch, 13. Januar 1932, 20—23¾ Uhr:
Geschlossene Vorstellung für die Volksbühne
„Die Blume von Hawaii"
Kein Kartenverkauf!

Die nächste Rate aller Dauermieter und der 8- und 14 tägigen Gruppen des B. V. B. ist fällig, zahlbar werktags von 10—14 Uhr in der Vorverkaufskasse im Rathaus.

Das Fest der Volksbühne
Quer durch die Operette
mit Tanz nach alten und neuen Melodien
am Sonnabend, 23. Januar
im großen Saale des „Stadtpark"

Mitwirkende: Theo Buchwald mit dem gesamten Theater-Orchester Gerda Carlsen / Friedl Berry Alfred Jahn / / Hans Herbst August Hütten und Otto Klopsch. Karten zu RM. 1.25 in der Buchhandlung Halberstädter Tageblatt.

Trotz Mühe und Plag'
Freude am Wäschetag!
durch gute Waschmittel vom Naverma-Haus!

Für die Wäsche

Die gute Werner-Seife	250 g St.	nur 25 Pf.
Kleine Ellen	125 g Stck.	nur 12 Pf.
Kernseife, gelb	250 g Stck.	nur 15 Pf.
Kernseife, gelb	500 g Stck.	nur 29 Pf.
Kernseife, weiß	250 g Stck.	nur 18 Pf.
Kernseife, weiß	500 g Stck.	nur 35 Pf.
Kristall-Schmierseife	1 Pfd.	nur 19 Pf.
Silber-Seife	1 Pfd.	nur 28 Pf.
Soda zum Bleichen	1 Pfd.	nur 6 Pf.
Weizenstärke	1 Pfd.	nur 46 Pf.
Reisstärke	1 Pfd.	nur 30 Pf.
Persil	½ Paket	nur 68 Pf.
Persil	½ Paket	nur 36 Pf.
Sil	Paket	nur 17 Pf.

Für die Hautpflege

Elbring-Badeseife	Stück	nur 22 Pf.
Riesen-Seife	Stück	nur 22 Pf.
Goldcreme-Seife	Stück	nur 25 Pf.
Lanolin-Seife	Stück	nur 20 Pf.
Lilienmilch-Seife	Stück	nur 20 Pf.
Buttermilch-Seife	Stück	nur 20 Pf.

Die gute Bohnermasse
1 Pfund nur 60 Pf.

5% Rabatt auf alle Waren!

Preiswerte Scheuertücher

Rotkreuz	Stück	nur 44 Pf.
Blaufaden	Stück	nur 33 Pf.
Erika	Stück	nur 25 Pf.
Blau-rot-Faden	Stück	nur 23 Pf.
Poliertücher	Stück	nur 18 Pf.

Bürsten aller Art

Auftragebürsten	Stück	nur 11 Pf.
Wichsbürsten	Stück	nur 50 Pf.
Nagelbürsten	Stück	nur 20 u. 15 Pf.
Waschbürsten	Stück	nur 20 Pf.
Scheuerbürsten	Stück	nur 23 Pf.
Scheuerbürsten m. Bart	St. n.	38 Pf.
Schrubber ohne Bart	St. n.	25 Pf.

Naverma-Waren bezeichnen das Haus — Rabatt in Marken 5% reelle Ware

Naverma

Alle Naverma-Waren werden gelobt, weil sie gut, billig und vorteilhaft sind!

Biochemischer Verein Halberstadt u. Umg. e. V.

Oeffentlicher Vortrag

Am Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr
spricht im „kleinen Stadtparksaal"
Herr Wellmann, Magdeburg
über:
Frauenleiden vor, in und nach den Wechseljahren

Eintritt frei! Nach dem Vortrage freie Aussprache!
Der Vorstand.

Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie
Die amtliche Gewinnliste zu 10 Pfennig ist eingetroffen.
Die Ziehung der 4. Klasse findet am 13. und 14. Januar 1932 statt.
Erneuerungslose müssen umgehend eingelöst werden.
Einige Kauflose sind noch zu haben.
Die staatlichen Lotterie-Einnehmer
Strobach, Kühlingerstraße 3. Zuntermann, Martiniplan 1.

Freibank Oschersleben
(Bode)
Heute Dienstag, 16 Uhr
rohes und gekochtes Schweinefleisch
Pfund 40 und 30 Pfennig

Inserieren
bringt Gewinn!

Morgen Kinder-Mittwoch

Kinder-Leib-Hosen	0.75
Strick-Pullover	2.00
Stoff-Knie-Hosen	1.50
Seppl-Velvet-Hosen	1.95
Imprägn. Wind-Jacken	5.90
Knaben-Knickerbocker	3.90
Strick-Anzüge ab	3.90
Schlager-Strickanzüge	5.90
Knaben-Mäntel	5.75
Stoff-Sport-Anzüge	8.75
Trainings-Anzüge	3.90

Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
über der Epa

Konzert
zum Besten der Suppenküche.

Donnerstag, den 14. Januar 1932, 20¼ Uhr
in der Aula der Mädchen-Oberschule
(Bismarckplatz)
Adine Günter-Kothé
(Gesang)
Händel, Altitalienische Meister
Strauß, Reger, Haas
Ernst Scharfe, Begleitung
Herta Rennebaum, Klavier
Beethoven, Liszt

Eintrittskarten zu 1.00 RM., Schüler 0.80 RM., in den Buchhandlungen Beinert, Beume, Langer, Schönherr, Schröder, im Verkehrsbüro Rummert und an der Abendkasse.

Spiegelsberge
Jeden Mittwoch und Sonntag nachm. 3½ Uhr, erstklassiges
Künstler-Konzert
Ia Kaffee Apfelkuchen
Eintritt frei!

Fam.-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse des Vereins deutscher Arbeiter.
Donnerstag, 21. Januar, abends 8 Uhr findet im „Kaiserhof" (Domplatz) unsere
Jahres-Hauptversammlung
statt. Tagesordnung: Niederschrift, Jahresbericht, Kassenbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes. Zahlreiche Teilnahme der Mitglieder ist erwünscht. Der Vorstand.

Felsenkeller
Mittwoch nachmittag 3½ Uhr
großes
Streich-Konzert
(20 Musiker) Eintritt frei!
Leitung: Musikdirektor Gagelmann

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 9 — Dienstag, den 12. Januar 1932 — 7. Jahrgang

Frauenschulung durch die Partei.

Starkbesuchter Frauenschulungskursus der Partei. — Genossin Luise Schiffgens-Saarbrücken sprach über „Frau und Wirtschaftsnot".

Halberstadt, 12. Januar.

Der von der Partei am Montag bei Otto Vollmann veranstaltete Kursus der Partei für die Frauen wies einen ungewöhnlich starken Besuch auf. Besonders gut waren die ländlichen Ortsvereine aus den Kreisen Halberstadt und Wernigerode vertreten. Die Teilnehmerinnen waren aus Wernigerode, Altenrode, Darlingerode, Ilsenburg, Heudeber, Derenburg, Osterwieck, Sargstedt, Althenstedt, Klein-Quenstedt, Wehrstedt, Harsleben und Halberstadt gekommen. Kurz nach 15 Uhr konnte der Kursus von der ersten Vorsitzenden der Halberstädter Frauengruppe, Genossin Dannemann, eröffnet werden; sie begrüßte die Genossinnen von außerhalb recht herzlich und sprach die Hoffnung aus, daß alle Teilnehmerinnen einen Gewinn vom Kursus haben möchten. Als Mitglied des Bezirksvorstandes sprach Genossin Minna Vollmann ihre Freude über den starken Besuch des Kursus aus; sie dankte besonders den Genossinnen aus den ländlichen Orten für ihr Erscheinen und wünschte dem Kursus den besten Erfolg nach der Richtung hin, daß den Genossinnen ein brauchbares Rüstzeug für die kommenden Kämpfe gegeben werden möge. Die Rednerin begrüßte auch die Genossin Luise Schiffgens-Saarbrücken, die in der letzten Zeit mehrere Kurse in unserem Bezirk durchführte.

Genossin Schiffgens nahm daraufhin das Wort zum Thema „Frau und Wirtschaftsnot" und begann mit einer populären Darstellung der jetzigen wirtschaftlichen Situation und entwickelte allmählich den großen Fragenkomplex der Weltwirtschaft. Von Zwischenfragen unterbrochen — ein Zeichen besonderer Aufmerksamkeit der Teilnehmerinnen —, führte Genossin Schiffgens mit außerordentlichem Geschick ihre Aufgabe durch. Ganze Strecken unterblieben die Zwischenfragen, weil die Rednerin durch die Art und den Aufbau ihres Vortrages die Hörerinnen stark zu interessieren vermochte. Sie führte u. a. aus:

Wir haben jetzt in Deutschland mehr als 5,5 Millionen Erwerbslose. Sie verkörpern schwerste körperliche und seelische Not. Diejenigen, die sich noch in den Betrieben befinden, haben unter schlimmsten Lohndruck zu leiden. Die Massenerwerbslosigkeit hat es mit sich gebracht, daß der Jugend der Boden unter den Füßen verschwand und daß die Jugend sich politisch den radikalen Außenseitern zugewendet hat. Körperlich und seelisch zermürbte Menschen sind natürlich am leichtesten geneigt, Versprechungen Glauben zu schenken, weil sie auf ein Wunder rechnen, das ihre Lage verbessern würde. Nichts aber ist verkehrter, als heute an ein Wunder zu glauben. Vom Kapitalismus zum Sozialismus kann man nicht einen Sprung machen, eine solche Umwandlung der Verhältnisse kann nur auf dem Wege der Entwicklung erfolgen. Auch das Rezept der Nationalsozialisten kann keine Besserung bringen. Diese Partei, in der Fürsten, Prinzen und ehemalige Offiziere eine große Rollen spielen, wird das nicht erfüllen können, was sie in den Versammlungen von ihren Rednern predigen läßt. Kein Mensch weiß, wie das dritte Reich aussehen wird; jeder der Nazi-Anhänger stellt sich darunter etwas anderes vor. Besonders zahlreich sind auch die Mittelständler in der Nazipartei, die ihrer Lage nach eigentlich Proletarier sind, die aber sich nicht als Proletarier fühlen, weil sie sich als etwas Besseres dünken. Was sie und die Nazi behaupten, die Sozialdemokraten wollten den Mittelständlern ihre Existenz nehmen, ist unwahr, denn tatsächlich nehmen nicht die Sozialdemokraten ihnen die Existenz, sondern der Kapitalismus, der den Mittelstand regelrecht aufsrißt. Obwohl die Nazipartei den Frauen keinerlei Rechte in ihrer Organisation zugesteht, sind es zahlreiche Frauen, die den Nazis nachlaufen und sie wählen. Wer einen Blick in die Nazi-Zeitungen wirft, findet zahlreiche Stellen, die den Götzendienst, wie ihn diese Partei haben will und züchtet, treffend kennzeichnen. In einer Nazi-Frauenbeilage war vor einiger Zeit zu lesen: „Hitler wird uns erretten. Wir glauben, daß er uns von Gott gesandt ist, um unser Vaterland aus Not und Elend zu erretten. Darum auf, deutsche Frauen und Mädchen, tragen wir die Bewegung Hitlers auf betenden Herzen."

In der Nazi-Partei feiert die Phrase Triumphe. Wir müssen der Phrase Tatsachen und Erkenntnisse entgegensetzen und müssen überall die Verdrehungen über die wirtschaftlichen Fragen richtigstellen. Es ist natürlich eine Dummheit, wenn die Nazis behaupten, die Sozialdemokratie sei Schuld an der Krise, die uns betroffen hat. Die Wirtschaftskrise, die die Ursache für die jetzigen politischen Erscheinungen ist, besteht in der ganzen Welt. Es ist auch nicht die erste Krise, denn Krisen hat es auch früher gegeben und wird es weiterhin geben, solange das kapitalistische System besteht. Die großen Wirtschaftskrisen 1854 und 1873-74, die in ihren Auswirkungen noch viel schlimmer gewesen sind, als die jetzige Krise, brach über die Länder herein, ohne daß eine Sozialdemokratische Partei bestand oder Sozialisten ihren Einfluß geltend machten. In Amerika mußten im Jahre 1854 Webstühle und Fabriken stillgelegt werden; die Hälfte, vielfach sogar Zweidrittel der Arbeiter flogen auf das Pflaster. In Wien erfolgten im Jahre 1874 große Massenauswanderungen von Arbeitern, die in ihrer Heimat ohne Lohn und Brot standen und keine Aussicht hatten, in nächster Zeit wieder Arbeit zu bekommen. Naphtali hat über diese Krisen sich in seiner kleinen Broschüre ausführlich geäußert.

Heute herrscht wieder in allen Ländern große Arbeitslosigkeit. In Deutschland ist die Nazipartei infolge des Massenelends groß geworden. Aber man sollte sich nicht über die Möglichkeiten des Wachstums dieser Partei täuschen. Selbst wenn man annimmt, das Wachstum dieser Partei sei noch nicht zu Ende, dann ist noch längst kein Grund zur Angst vorhanden, denn die Nazis könnten bestenfalls nach Aufsaugung der bürgerlichen Elemente 43 Prozent der Stimmen erhalten. Hitler wollte eigentlich den Zusammenbruch der marxistischen Front und konzentrierte alle seine Kräfte auf dieses Ziel. Er hat das Ziel nicht erreicht. Die Front der Arbeiterschaft steht fest und wird auch weiteren Angriffen standhalten. Hitler hat lediglich die bürgerlichen Parteien zerrieben und vermochte es nicht, das Zentrum zu schwächen. Alle Einsichtigen sind sich darüber klar, daß der Rückgang der Nazibewegung einmal ganz katastrophal sein wird, denn einmal werden auch die Dümmsten den ganzen Spuk der Hitlerbewegung erkennen.

Im zweiten Teile ihres Vortrages behandelte Genossin Schiffgens die Ursachen der Weltwirtschaftskrise. Mit sehr gutem Material zeichnete sie auf, in welchem Umfange ein Verlust an Absatzmärkten bei den einzelnen Ländern durch den Aufbau neuer Industrien in den Absatzländern eingetreten ist. Sie verwies auf die Entwicklung des jungen holländischen Kohlenbergbaues, auf die Stärkung der indischen Textilindustrie, auf den industriellen Aufbau Japans usw. Die Fortschritte der Technik brachte eine Verminderung der Arbeitskräfte, aber trotzdem eine Erhöhung der Produktion. Würde die jetzige Wirtschaft keine Profitwirtschaft, sondern eine Bedarfswirtschaft sein, dann würde der technische Fortschritt der Allgemeinheit und vor allem den Arbeitenden zugute gekommen sein, aber durch die Planlosigkeit der Produktion im kapitalistischen System sei man in die Krise hineingesteuert. Alle Läger seien mit Waren gefüllt, die Vorratshäuser können die Ernten kaum fassen, aber die Verbraucher können nichts kaufen. Nach Aufzeichnung kapitalistischer Methoden in der deutschen Industrie schloß die Rednerin ihre Ausführungen mit der Aufforderung, überall gegen die Phrase zu kämpfen und dabei die Vernunft sprechen zu lassen. Die Vernunft werde über die Unvernunft doch den Sieg davontragen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Vollmann sprach der Rednerin für die gute Durchführung des Kursus den Dank der versammelten Frauen aus. Sie konnte zugleich feststellen, daß der Halberstädter Kursus am stärksten von allen bisherigen Kursen im Bezirk besucht worden sei. Nach einem kurzen Beisammensein traten die auswärtigen Genossinnen die Heimfahrt an.

WERNIGERODE

Um die Zukunft der Gemeinden.

Das abgelaufene Jahr war für die Gemeinden außerordentlich schwierig. Die wirtschaftlichen Nöte häuften sich, die Wohlfahrtslasten der Gemeinden stiegen von Monat zu Monat. Die gemeindeeigenen Einnahmen sanken ständig, die Ueberweisungssteuern des Reichs blieben in gefährlichem Umfang hinter den Voranschlagszahlen zurück. Die Aufrechterhaltung einer geordneten Haushaltswirtschaft stellte dauernd die größten Anforderungen. Der Wettkauf zwischen absinkenden Einnahmen und ansteigenden Wohlfahrtslasten in einer schwersten Erschütterungen ausgesetzten Gesamtwirtschaft zwang immer wieder zur erneuten Nachprüfung der Haushaltsführung, zwang zu sich ständig verschärfender Ausgabendrosselung. Der außerordentliche Haushalt wurde fast überall ganz stillgelegt.

Jeder, der sachlich denkt, muß die Tatsache anerkennen, daß die Gemeinden ihre Ausgaben in unerhörter Weise abgedrosselt haben. Schwer sind die Ausfälle, die aus dem Fehlen der gemeindlichen Aufträge für weite Teile der Wirtschaft entstanden sind und noch entstehen. Man sprach in diesem Jahr, wo sich der Tod des Freiherrn vom Stein zum hundertsten Male jährte, von dem „überlebten Idol" der Selbstverwaltung. Wer so redet, zeigt, daß er die Kräfte nicht kennt oder nicht kennen will, die auch in diesem Jahr in Tausenden von Gemeinden und Gemeindeverbänden lebendig und verantwortungsbereit die zeitbedingten Nöte zu meistern suchten. Mit Stolz muß ausgesprochen werden, daß die sachliche Arbeit in Tausenden von Gemeindevertretungen — von der Hauptstadt des Reiches angefangen bis zu unzähligen kleinen Landgemeinden — bei entscheidenden Aufgaben nicht versagt hat. Opferbereit und unermüdlich hat die gemeindliche Selbstverwaltung immer wieder Wege gesucht, um die Nöte der Bevölkerung erträglich zu gestalten, den Haushalt auch in der schwierigsten Zeit in Ordnung zu halten und sich willig in den großen Rahmen der gesamten Reichspolitik einzupassen und einzufügen.

Die Not zwingt immer wieder zu verschärfter Ueberlegung und angespanntester Sorgfalt. Noch ist das Reich nicht außerhalb der Gefahrenzone. Zu allen Stunden hängt das Schicksal der Gemeinden vom Schicksal des Reiches ab. Jeder, der Verantwortung in der Gemeinde trägt weiß dies und stellt seine Arbeit hierauf ein. Aber auch das Reich kann sich nicht loslösen von dem Schicksal der Städte und der Gemeinden. Trotz aller Not ist der Weg vom Reich zu den Gemeinden und von den Gemeinden zum Reich zu weit geblieben. Die Beziehungen zwischen Reich und Gemeinden sind nicht eng genug. Das Reich ist städte- und gemeindefremd. Es kennt deren Sorgen nicht aus eigener Beobachtung, nicht aus eigenem Erleben. Die Dringlichkeit seiner eigenen Sorgen überragt alles andere.

Die Regelung des Finanzlastenausgleichs wird immer dringlicher zur Reichsaufgabe. Das Reich muß sich die Kräfte der

gemeindlichen Selbstverwaltung in ganz anderem Maße als bisher nutzbar machen. Es war ein Fehler, daß in dem von der Regierung berufenen Wirtschaftsbeirat die öffentliche und die gemeindliche Wirtschaft unvertreten war. Es ist ein wichtiger Fortschritt, daß als Reichskommissar für Preisüberwachung ein Mann aus den gemeindlichen Reihen genommen wurde, der die Dringlichkeit und die Schwierigkeiten dieser Frage aus unmittelbarem Erleben kennt. Die Arbeit auf diesem Gebiet ist gegenwärtig von allergrößter Bedeutung.

Alle gemeindliche Arbeit ist bestimmt von der Entwicklung der Reichspolitik. Das Schicksal des deutschen Volkes ist mit dem Weltgeschehen untrennbar verfochten. Um die Zukunft des Reiches wird in diesen Wochen gerungen mit den Mitteln der Außenpolitik. Die Wirtschaftspolitik wird umgestellt auf die durch die Zeitverhältnisse bedingten Formen. Die Gemeinden tragen das Schicksal des ganzen Volkes mit, sie tragen es nach innen am stärksten, weil alles Geschehen sie von unten und von oben auf allen Lebensgebieten am stärksten trifft. Daher hängt von der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Leistungswillens in diesen kommenden Wochen und Monaten unendlich Vieles ab. Man darf nicht den Eindruck entstehen lassen, als wäre ihr Schicksal für das Ganze gleichgültig. Nie war dies unrichtiger.

Für die Zukunft des Reiches ist es gerade jetzt von entscheidender Bedeutung, die Sorgen der Gemeinden lebensnah zu empfinden und auch von seiner Seite die Schicksalsverbundenheit mit den Gemeinden anzuerkennen, genau so, wie auch die Gemeinden sich als Diener des Ganzen fühlen.

— **Allen Arbeiter-Kindern** teilen wir heute schon mit, daß am kommenden Sonntag, 14.30 Uhr, im Städt. Jugendheim die „Sozialistische Arbeiterjugend" wieder eine der bei allen Wernigeröder Arbeiterkindern so beliebten Kasperltheater-Vorführungen veranstaltet. Der Unkostenbeitrag beträgt nur 10 Pfg.

— **Wohnungskontrolle.** In den nächsten Wochen werden in denjenigen Wohnungen, die an Fremde vermietet werden, eine Kontrolle vorgenommen. Dem die Besichtigung ausführenden Baupolizeibeamten ist zu sämtlichen Räumen der Wohnung der Zutritt zu gewähren.

— **Einbruch.** Dem Schuldiener der Hasserödер Volksschule sind in der Nacht zum Sonntag mehrere Hühner gestohlen worden, die gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet wurden. Von den Tätern hat man bisher keine Spur gefunden.

— **Freie Sportvereinigung 1895.** Am Mittwoch, 20 Uhr, im „Monopol" wichtige Vorstands- und Funktionärsitzung. Es ist die Pflicht, der in Frage kommenden Genossen, unbedingt zu erscheinen.

— **Die Kohlenbezugscheine** werden, wie uns amtlich mitgeteilt wird, auch vom Konsumverein angenommen.

— **Die neuen Fürsorgeärzte,** die seit dem 1. Juli 1931 für das Wohlfahrtsamt tätig sind, haben jeder einen Bezirk zugewiesen erhalten. Dr. Becker ist seit dieser Zeit nicht mehr tätig, an dessen Stelle sind Dr. Herz, Dr. Böttcher, Dr. Basmer, Dr. Degener getreten. Die Bezirkseinteilung selbst kann im Wohlfahrtsamt und im Arbeitsamt als Aushang eingesehen werden. Die heutige Bekanntmachung wolle man daher beachten.

* **Werbemaßnahmen für den Harzer Fremdenverkehr.** Der Werbeausschuß des Harzer Verkehrsverbandes tagte am 8. Januar in St. Andreasberg. Im Rahmen der umfangreichen Tagesordnung wurde insbesondere der Propaganda-Etat für das neue Geschäftsjahr durchgesprochen. Ein Teil der Harzgemeinden ist durch unverhältnismäßig hohe Soziallasten nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Beiträge aufzubringen. Infolgedessen ist, nachdem der Verband im vergangenen Jahre die Beiträge bereits um 33⅓ Proz. gesenkt hat, eine weitere Beitragsherabsetzung in Aussicht genommen worden. Trotzdem beabsichtigt der Werbeausschuß auch für die kommende Saison eine umfangreiche Propagandatätigkeit zu entfalten. Unter anderem sind Werbeschriften, Zeitungspropaganda und neue Plakate vorgesehen.

Kreis Wernigerode

Darlingerode, 10. Januar. Der Arbeiter-Radfahrerverein „Blitz" hielt am letzten Sonnabend seine Jahresgeneralversammlung ab. Es wurde der Geschäftsbericht gegeben. Der Mitgliederbestand war am Ende des Jahres 51 Bundesmitglieder. Der Jahreskassenbericht wurde nach kurzer Aussprache als zufriedenstellend anerkannt. Der Bundesvorstand wünscht, daß in sämtlichen Ortsgruppen Auftragssammelstellen eingerichtet werden, um das eigene Bundesunternehmen zu unterstützen; einstimmig wurde dem Antrage zugestimmt und als Vertrauensmann Genosse Willi Försterling bestellt. Ein Antrag auf Veranstaltung eines Vergnügens war von außerhalb des Vereines gestellt, doch wurde in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage dieser Punkt zurückgestellt. Die sportliche Tätigkeit ist infolge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit eingestellt worden, weil den Sport nur hauptsächlich jüngere Genossen betreiben, diese aber ohne jegliche Unterstützung sind; doch ist der technische Leiter der Auffassung, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, die Fahrabende wieder abzuhalten, um in der sportlichen Leistung nicht zurückzukommen. Anschließend fand die Uebergabe des 1. Vorsitzenden-Postens an den Genossen Otto Schulze statt.

Aus Halberstadt

Protest gegen Versorgungsamts-Verlegung.

Halberstadt soll immer mehr an Bedeutung und Geltung verlieren. Nicht allein, viele Industrien wanderten ab und trugen so zur Steigerung der Arbeitslosigkeit wesentlich bei, sondern auch die Behörden sucht man von Halberstadt fortzuziehen und sie anderswo unterzubringen. Auch bei diesem Abwandern von Behörden zwingen nicht allein Prestigegründe den Magistrat und die Bewohner der Stadt zu Protestkundgebungen, sondern ebenfalls wirtschaftliche Erwägungen. Die geplante und wieder fallen gelassene Verlegung des Landratsamts, die Auflösung der Handelskammer und die jetzt bestimmte Verlegung des Versorgungsamtes nach Magdeburg bringen für Halberstadts Handel und Handwerk eine schwere Schädigung und für die Stadt selbst einen Steuerausfall neben anderen Einbußen.

Gegen die Verlegung des Versorgungsamtes nach Magdeburg wehren sich vor allen Dingen die Kriegsopfer-Organisationen. Obwohl sie in vielen Dingen sehr weit auseinandergehen, fanden sie sich zur Abwehr dieses Schlages doch in einer Front zusammen, so der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und der Reichskriegerbund Kyffhäuser. Am gestrigen Montag abend fand nun im Restaurant „Vaterland" eine Vorbesprechung für die geplante Abwehraktion statt, an der Oberbürgermeister Mertens und andere Behördenvertreter teilnahmen. Alle Anwesenden brachten zum Ausdruck, daß es unbedingt notwendig sei, am Sonntag eine große Protestversammlung gegen diese Maßnahme zu veranstalten. Die Verlegung ist auf den 31. März angesetzt. Alle Kriegsopferorganisationen haben bereits durch Eingaben an das Reichsarbeitsministerium, von dem die Verfügung der Verlegung ausging, gegen die Auflösung des Versorgungamts Halberstadt und die Uebertragung nach Magdeburg Einspruch eingelegt und auf die schweren Schäden hingewiesen, die bei der Durchführung dieses Planes den Kriegsopfern und vor allem dem Reiche selbst entstehen. Die Reisekosten dürften sich wesentlich erhöhen, ebenso die übrigen Spesen, denn Halberstadt läge zentral, während es für viele Kriegsbeschädigte nicht möglich sei, an einem Tage von ihrem Wohnort nach Magdeburg und wieder zurückzukommen. Man brauche nur an Harzgerode, Hornburg, Braunlage usw. zu denken. Die lange Bahnfahrt sei für die Schwerbeschädigten auch äußerst anstrengend und oft unzuträglich Bürgermeister Mertens wies kurz auf die Schäden hin, die der Stadt entstehen, welche sich bei der gespannten Finanzlage gegen jede Verschlechterung wehren müsse. Auch ein Vertreter des Versorgungsamtes nahm zu der Frage Stellung. Auch aus seinen Worten war zu entnehmen, daß viele Gründe gegen eine Verlegung sprechen und zum Teil die Beamten selbst schwer betroffen würden, weil einige erst vor Jahren bei der Auflösung des Versorgungsamtes Aschersleben nach hier gekommen seien und teure Wohnungen oder Siedlungshäuser nehmen mußten, was für sie finanzielle Belastungen brachte.

Die drei Kriegsopfer-Organisationen haben sich nicht nur an die Behörden wegen Unterstützung gewandt, sondern richteten ihren Hilferuf auch an die Organisationen des Handels, Handwerks und der Arbeitnehmerschaft. Fast alle sagten ihre Hilfe zu, weil sie ebenfalls die Schädigung erkennen, die die Verlegung nach Magdeburg für Halberstadt mit sich bringen würde.

An unserer Einwohnerschaft liegt es nun, den Protest der Kriegsopfer wirksam zu unterstützen, indem sie die Protestversammlung am kommenden Sonntag, zu welcher noch durch Inserate aufgerufen wird, besucht, damit wirklich eine Massenversammlung zustande kommt, die unbedingt notwendig ist, wenn der Einspruch beim Reichsarbeitsministerium Erfolg haben soll.

---

* **Ein Pflug gestohlen.** In der Zeit vom 5. bis 7. Januar ist von einem Acker an der Blankenburger Chaussee ein eiserner Sachsen-Pflug mit Karre entwendet worden.

Zahlen des Elends.

Notruf der Baugenossenschaften.

Die stets gut informierte Demog-Zeitschrift „Wohnungs-Wirtschaft" veröffentlicht in ihrer Nr. 1/2 1932 das Ergebnis einer Umfrage, die von einer den freien Gewerkschaften nahestehenden Baugenossenschaft bei ihren Mitgliedern zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse durchgeführt wurde. Diese Zahlen sprechen eine so furchtbare Sprache, daß sie den Stellen, die da glauben, die Verelendung der Arbeiterschaft immer noch weiter treiben zu können, nachdrücklichst unter die Nase gehalten werden müssen. Wir geben die wichtigsten Ziffern der Umfrage hier wieder.

Von den Mitgliedern der Genossenschaft sind
50 v. H. Vollbeschäftigte und Kurzarbeiter,
14 v. H. Rentenempfänger,
13 v. H. Arbeitslose und Unterstützungsempfänger,
23 v. H. ohne Einkommen bzw. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Wie sieht das Familieneinkommen dieser „Vollbeschäftigten" und „. . . empfänger" aus?

Auf 24,4 v. H. b.	Genossenschaftler komm.	0— 50 RM.	mtl. (!)
„ 16,4 v. H. b.	Genossenschaftler komm.	51— 75 RM.	mtl.
„ 12,2 v. H. b.	Genossenschaftler komm.	76—100 RM.	mtl.
„ 22,0 v. H. b.	Genossenschaftler komm.	101—150 RM.	mtl.
„ 16,0 v. H. b.	Genossenschaftler komm.	151—200 RM.	mtl.
„ 4,5 v. H. b.	Genossenschaftler komm.	201—300 RM.	mtl.
„ 4,5 v. H. b.	Genossenschaftler komm.	über 300 RM.	mtl.

Gegenüber diesen Elendsziffern sind alle Anstrengungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Mieten auf ein erträgliches Maß zu senken, zum Scheitern verurteilt. Die Monatsmieten betragen bei der in Rede stehenden Baugenossenschaft zwischen 20 und 55 RM. Vom Familieneinkommen (einschließlich Rente und Unterstützung) müssen allein für Miete ausgegeben werden:

bei 12,2 v. H. der Mitglieder	20 v. H.	
bei 29,8 v. H. der Mitglieder	21— 30 v. H.	
bei 15,2 v. H. der Mitglieder	31— 40 v. H.	
bei 7,5 v. H. der Mitglieder	41— 50 v. H.	
bei 11,5 v. H. der Mitglieder	51— 75 v. H.	
bei 7,5 v. H. der Mitglieder	76—100 v. H.	

Rd. 16,0 v. H. der Mitglieder können alles in allem nicht soviel zusammenkratzen, um den Mietbetrag aufzubringen. Wovon leben diese Menschen, wovon kleiden sie sich?

Beim Städtischen Wohnungsamt der Ortschaft sind zurzeit 394 Wohnungssuchende vorgemerkt. Davon sind 145 ohne eigene Wohnung, 30 in gekündigter Wohnung, 48 in unzureichender, gesundheitsschädigender Wohnung. Diesem Wohnungselend gesellt sich die massenhafte Abwanderung aus den Neubauwohnungen hinzu. 171 Neubaumieter bewerben sich um Wohnungstausch. Man muß in die Slums zurück, um noch ein paar Mark für die Sättigung des Magens zu retten. Die Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Mietensenkung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ganze 6,54 v. H. beträgt die Mietsenkung für die hier erwähnte Baugenossenschaft.

---

* **Der Wechselfallen-Betrüger,** von dem wir gestern berichteten, wird als ein Mann von etwa 35 Jahren mit grauem, verlebtem Gesicht, dunklen Augen, einfacher Kleidung und gewandtem Auftreten geschildert.

* **Konzert zum Besten der Suppenküche.** Wir machen nochmals an dieser Stelle aufmerksam auf das am Donnerstag 8¼ Uhr stattfindende Konzert in der Aula der Mädchen-Oberschule zum Besten der Suppenküche. (Siehe heutige Anzeige.)

* **Städtisches Wohlfahrtsamt.** Die Zahlung der Beihilfen an Sozialrentner für den Monat Januar 1932 erfolgt am Donnerstag, den 14. d. Mts., von 9—12½ Uhr. — Die Zahlung der Zusatzrenten an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene erfolgt am Freitag, den 15. d. Mts., von 9—12½ Uhr. — Die Zahlung der Unterstützungen an Allgemeine Fürsorgeempfänger für die Zeit vom 16. 1. bis 31. 1. 1932 erfolgt am Sonnabend, den 16. d. Mts., von 8½—12½ Uhr. Zahlung erfolgt für die Namen mit: A—F von 8½—9½ Uhr, G—K von 9½—10½ Uhr, L—R von 10½—11½ Uhr, S—Z von 11½—12½ Uhr. Sämtliche Zahlungen erfolgen im Gaswerk, Wehrstedterstraße (Eingang Tor 1).

Das Rätsel von Moldenberg

Roman von H. Blumenthal

17. Fortsetzung.

„Ich möchte Ihre Meinung über den Unglücksfall hören", begann er, als sie im Wagen saßen. „Haben Sie eine Idee, wer der Mörder — falls wirklich ein Mord vorliegt — sein könnte?"

Heriot starrte ihn an.

„Haben Sie denn nicht die Zeitungen gelesen? Diese sagen doch, daß der arme Grenier von einem schönen jungen Weib in schwarzem Kleid ermordet und beraubt wurde. Auf ihr ruht der allgemeine Verdacht."

Francois nagte an der Lippe. „Allerdings habe ich die Zeitungen gelesen und habe auch Inspektor Brand gesprochen, der heute nach der erste am Platze war", fagte er, sorgfältig seine Stimme beherrschend, „und daher scheint es mir ausgeschlossen, daß eine Frau das Verbrechen begangen haben könne. Die Anzeichen deuten auf einen harten Kampf, bei dem Grenier das Bein gebrochen hat. Solche Gewalttat ist doch keinem jungen Mädchen zuzutrauen."

„Selbstverständlich hatte sie dabei einen Helfershelfer", warf Heriot ein und fixierte seinen Gefährten in einer Weise, die diesen nahezu außer Fassung brachte. Francois beruhigte sich erst bei der Erwägung, daß es ein gewohnheitsmäßiger Advokatenkniff ist, die größten Gemeinplätze mit bedeutungsvoller Miene vorzubringen.

Im Verlauf der Fahrt drängte sich ihm immer aufs neue diese Beobachtung auf. Heriot, der, sobald er im Zug saß, wieder seine nachlässige Unbekümmerlichkeit hervorkehrte, versetzte Francois in ein wahres Kreuzverhör.

„Sie scheinen ja ein gutes Teil mehr von der Sache zu wissen, Herr Martin", fagte er, an seiner Zigarre paffend, „als ich den dürftigen Zeitungsberichten entnehmen konnte, und ich habe sie doch wahrhaftig alle gelesen."

Es wurde Francois nicht leicht, auf diesen Ton einzugehen, nach dem er sich bewußt war, seine Nachrichten durch Elsa erhalten zu haben. Aber er hatte sofort eine Ausrede bereit.

„Ich hörte die Einzelheiten heute morgen von Inspektor Brand, der mit der Untersuchung beauftragt ist."

„Soviel ich weiß, suchte Sie Brand zunächst in der Stadt, da Sie sich seit dem Unglücksfall nicht in Moldenberg blicken ließen."

„Nein, ich verbringe diesen Sommer auf dem Lande, einige Meilen von Moldenberg entfernt, und Brand kam in aller Frühe, um meine Mutter zu sprechen, die er bei mir vermutete."

„Und Sie haben Ihren Besuch in Moldenberg bis zu dieser Stunde aufgeschoben?" fragte, immer noch die Zigarre im Mund, der Advokat mit seltsamem Lächeln.

„Ich wollte zuerst meine Mutter sehen, um ihr die Nachricht schonend beizubringen", entgegnete Francois „Nachdem sie bei ihren Freunden in Klein-Moldenberg die Absicht, mich zu besuchen, ausgesprochen haben soll, nahm ich an, daß sie mich im Atelier erwarte."

„Und brachten erst wenige Minuten vor meinem dortigen Eintreffen heraus, daß sie nicht da war," bemerkte Heriot trocken. „Das sieht nicht aus, als ob Sie große Eile gehabt hätten. Es steht mir jedoch nicht zu, Ihre Handlungsweise zu kritisieren. Machen Sie sich bitte nicht die Mühe, diese Verzögerung zu erklären. Es wird selbstverständlich das „Ewig-Weibliche" im Spiele sein. Ich war ja auch einmal jung. — Nun aber möchte ich von Ihnen hören, was sie über die Schreckenstat in Moldenberg denken. Sie wissen mehr davon als ich — Sie haben Brand gesprochen, — und da Sie es für unwahrscheinlich halten, daß eine junge Frau im Ringen mit ihrem Vater dieses bezwungen haben sollte — Ja, wenn es nicht die junge Dame in Schwarz war, die ihn ermordete — wer soll es getan haben?"

Kaum vermochte Francois seine Haltung zu bewahren. Sollte ihn Heriot diesen Morgen bei ihren Einkäufen mit Elsa gesehen haben? Argwohnte er mehr, als er sagte? Er versuchte keine Aufklärung, obschon ihm nicht behaglich war, als seine Gefährte mit solch verdächtiger Bestissenheit das Thema wechselte.

„Leider habe ich nicht die geringste Vermutung," sagte er. „Ich weiß sehr wenig von den Angelegenheiten meines Stiefvaters, glaubte aber, Sie hätten vielleicht Verdacht auf jemand, der ihm zürnte oder einen Vorteil von seinem Tode hätte. Die Polizei mag ihre Zwerficht auf die Verfolgung der — der jungen Dame in Schwarz setzen, aber ich denke, wir können Zeit sparen durch die Annahme, daß sie auf falscher Fährte ist, wie das ja bekanntlich bei der Polizei vorkommt. Vorausgesetzt nun, die fragliche Dame habe nichts mit dem Tode meines Stiefvaters zu tun, auf wen würden Sie Ihren Verdacht richten? Ich bin fest entschlossen, der Sache auf den Grund zu gehen."

„Das ist sehr lobenswert von Ihnen," bemerkte der Anwalt in seiner lässigen Weise, „und bezeugt Ihre Sohnesliebe. Aber ich würde mich an Ihrer Stelle nicht in die Angelegenheit mischen. Sie können das ruhig mir überlassen."

Francois starrte ihn an.

„Und warum sollte ich nicht mein bestes tun, um die Untersuchung zu fördern?" fragte er.

Heriot tat einen nachdenklichen Zug an seiner Zigarre.

„Zunächst weil die Einseitigkeit, mit der Sie vorgehen, darauf hindeutet, daß es Ihnen, — nun ja, daß es Ihnen einfach um die Freisprechung der jungen Dame in Schwarz zu tun ist. Welcher Grund läge sonst vor, eine andere Lösung des Rätsels zu suchen, nachdem die Polizei überzeugt ist, die richtige gefunden zu haben? Zweitens dürfte es schwerlich zu ihren Gunsten fallen, wenn die Polizei oder das Publikum nach neuen Anhaltspunkten suchte. Gelänge es Ihnen, auch nur für einen Augenblick den Verdacht von dem fremden Mädchen abzulenken, so ist leicht zu erraten, auf wen er fallen würde. Doch genug davon. Nur möchte ich Ihnen nochmals zu bedenken geben, daß in Moldenberg die junge Dame in Schwarz nicht die einzige Verdächtige ist. Und jetzt gestatten Sie, daß ich ein Schläfchen mache und Sie Ihren Gedanken überlasse. Ich hatte eine schreckliche schlechte Nacht, und rechnete darauf, im Zuge noch etwas Schlaf nachzuholen."

„Das soll wohl heißen, auch ich stehe im Verdacht," lachte Francois, und obwohl Charles Heriot eigentlich auf etwas anderes angespielt hatte, warf er mit einem orakelhaften Lächeln den Stummel seiner Zigarre weg und nahm eine bequeme Lage ein. Er schien augenblicklich in tiefen Schlaf zu fallen, denn er rührte sich nicht, bis der Zug in Moldenberg eintraf. Als aber der Schaffner den Namen der Station ausrief, sprang er sofort auf und schien hellwach zu sein. Er nickte dem Stationsvorsteher zu, der die beiden Reisenden kannte und bestissen herbeieilte, um ihnen die Türe zu öffnen.

Mit dem Ausruf: „Grauenhafte Geschichte!" stieg Heriot zuerst aus. „Ist etwas neues herausgekommen?" fragte er den Beamten. Francois horchte gespannt auf die Antwort des Stationsvorstehers, dem es sichtlich Genugtuung bereitete, etwas neues mitteilen zu können.

„Ich weiß nicht, ob Sie von Herrn Favre, dem Hausmeister, hörten. Er soll sich mehrfach widersprochen haben, als ihn diese Nacht die Polizei verhörte, und nun ist er plötzlich verschwunden. Die einen glauben, daß er sich mit seinem Herrn zankte wegen der Behandlung von Frau Grenier; andere sagen, wegen Geld, das dieser ihm schulde. Jedenfalls hielt er es für gut, sich aus dem Staube zu machen. Soviel ich weiß, wird er steckbrieflich verfolgt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0006

Arbeitsgebietskonferenz in Athenstedt.

Am Sonntag, dem 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet beim Genossen Otto Jung in Athenstedt eine Arbeitsgebietskonferenz statt, an der die Funktionäre aus den Orten Roklum, Veltheim, Dardesheim, Zilly, Heudeber, Ströbeck, Sargstedt und Athenstedt teilnehmen müssen. Die Tagesordnung lautet:

Die Notverordnungen und ihre Auswirkungen. Referent: Siegmund Crummenerl, Magdeburg.

Unsere Abwehr und die „Eiserne Front." Referent: Fr. Schütte, Halberstadt.

Wir bitten unsere Ortsvereinsvorsitzenden aus den genannten Orten, daß sie dafür sorgen, daß alle Funktionäre zu dieser Konferenz erscheinen.

Mit Parteigruß!

Rudolf Köchig. Fr. Schütte.

Aus Osterwieck

ow. **Bausparerversammlung.** Am Sonntag hielten die Bausparer im Nistergarten ihre Versammlung ab. Die Versammlung war sehr gut besucht. Ein großer Teil neuer Interessenten war erschienen. Der Bezirksleiter C. Schönfeld-Halberstadt, hielt wieder, wie in den früheren Versammlungen, einen aufklärenden Vortrag über Zweckmäßigkeit und Nutzen des Bausparens. Die „Vorwärts" gibt zinslos Baudarlehen. Zu dem ist der Bausparer bis zu 20 000 Mark in der Lebensversicherung, sodaß im Falle des Ablebens das Grundstück bezahlt ist, und die Hinterbliebenen nicht mehr zu zahlen brauchen. Nähere Auskunft erteilt für Osterwieck und Umgebung P. Ulrich, Gostarer Straße.

Kreis Halberstadt

Klein-Quenstedt, 12. Januar. Die Zusammenkunft der sozialdemokratischen Frauen findet morgen Mittwoch, den 13. Januar, um 20 Uhr statt. Alle Genossinnen sind herzlich eingeladen.

Aus Oschersleben

o. **Der 7. Abend für die erwerbslose Jugend** brachte einen Theaterabend der „Freien Volksbühne" im Stadtpark. „Das Glücksmädel", eine Operette in 3 Akten wurde flott und gut gespielt. Kapellmeister Unger hatte sich ebenfalls mit seinem gesamten Orchester zur Verfügung gestellt. Der überfüllte Saal nahm die Darbietungen mit starkem Beifall und viel Lachen auf. Die Mitwirkenden gaben ihr Bestes, ebenso Musikmeister Unger mit seinem Orchester. Allen Dank, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt haben.

o.* **Die Arbeitersamariter** haben heute in der Aula des Reformrealgymnasiums ihre Generalversammlung.

o.* **Die Aufgaben der Partei im Kampfjahr!" Ueber dieses Thema** spricht Genosse Feri-Magdeburg in der Generalversammlung der Partei, welche am Mittwoch, dem 13. Januar, 20 Uhr, im „Landhause" stattfindet. Jedes Parteimitglied muß anwesend sein.

o. **Eine öffentliche Stadtverordnetensitzung** findet am Freitag, dem 15. Januar, 20 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaal statt.

o. **Das Fest der silbernen Hochzeit** begehen heute Dienstag Zimmermann Karl Wisse und Ehefrau Anna geb. Rüster, Wiesenstr. 14.

o. **Bubenhände** haben in der Nacht zum Dienstag ein Bäumchen in der Kaiserstraße „geköpft".

Aus Schwanebeck

sg. **Die erste Stadtverordnetenversammlung** in diesem Jahre fand am 8. Januar statt. Bei der Neuwahl des Vorstehers arbeitete der Kommunist Bode in seinem alten Stiefel weiter, so daß das Los wieder zwischen Gen. Kloke und Neubauer (B.) entscheiden mußte, welches wiederum zu gunsten Neubauers entschied. Als Stellvertreter erhielt Gen. Kloke eine Mehrheit von 11 Stimmen. Als Schriftführer-Stellvertreter wurde Gen. Grimm mit 12 Stimmen gewählt. Die Kommissionen bleiben in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen. Die Kassenrevisionen im November und Dezember 1931 haben zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben. Dazu erging von unserer Seite die Mahnung, man möge sich von bürgerlicher Seite etwas intensiver als bisher an den Revisionen beteiligen. Die Angelegenheit der Auseinandersetzung zwischen Kirchen- und Schulvermögen ist soweit gediehen, daß jetzt eine gewisse Anzahl von Morgen Ackerlandes, die seinerzeit von der Kirche der Stadt zur Besoldung der 4. Lehrerstelle widerruflich überlassen worden sind, zurückgegeben werden kann. Von bürgerlicher Seite lag ein Antrag vor, daß die Bestimmung der letzten Notverordnung, bei Zwangsversteigerungen von Landwirtschaften den Zuschlag nicht zu erteilen, wenn nicht 70 Prozent des realen Wertes erreicht würde, hier bei Steuereintreibungen auch auf Handel und Gewerbe auszudehnen. Bürgermeister Borchert bezeichnete dies als gesetzlich nicht zulässig und unsererseits wurde der Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß man damit nur Steuersaboteuren aus gewissen Kreisen Vorschub leisten würde. Man stellte schließlich dem Magistrat anheim, nötigenfalls die Finanzkommission heranzuziehen, um unnötige Härten zu vermeiden. Weiter war von gleicher Seite beantragt, die Biersteuer um 50 Prozent zu senken. Bürgermeister Borchert führte dazu aus, daß im laufenden Geschäftsjahre keinesfalls mehr geschehen dürfe bei der traurigen Finanzlage der Stadt und daß das eine ernste Gefährdung der Versorgung von 250 bis 300 Unterstützungsbedürftigen bedeute. Der Antrag wurde mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Nunmehr wurde über 3 Anträge der SPD.-Fraktion verhandelt. 1. Angleichung der städtischen Ackerpachten an den jetzigen Preisabbau wurde dem Magistrat, Feld- u. Finanzkommission zur weiteren Bearbeitung überwiesen. 2. Senkung der städtischen Mieten im Rahmen der Notverordnung wurde gleichfalls dem Magistrat und Finanzkommission in Bearbeitung gegeben. 3. Erlaß der städtischen Grundvermögensteuer für Siedlungsbauten bei Erwerbslosen, Hilfsbedürftigen und Wohlfahrtsempfängern soll ebenfalls durch die Finanzkommission ihre Regelung finden. Weiter wurde noch ein Dringlichkeitsantrag durch unsere Fraktion eingereicht, eine Preisprüfungskommission einzusetzen. In nachfolgender Debatte wurde bemängelt, daß sich verschiedene Gewerbezweige nicht so recht mit dem Preisabbau befreunden können. Schließlich wählte man eine Kommission, bestehend aus den Stadtv. Kloke und Dunkhorst (SPD), Stange und Neubauer (WP.), welche sich mit einer noch zu wählenden Innungskommission ins Einvernehmen setzen soll.

Kreis Oschersleben

Gröningen, 11. Januar. Die Ortspolizeibehörde weist auf die im Rathause aushängende Anordnung vom 8. d. Mts. über die in der Zeit vom 11. bis 18. Januar zwangsweise vorzunehmende Vertilgung der Wühlmaus zur genauen Beachtung hin. Ferner wird auf die ebenfalls im Rathause zum Aushang gebrachte öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital für 1931 hingewiesen. — Am Sonntag (24.) veranstaltet die Freie Turnerschaft im Rosenthalschen Saale einen Preis-Maskenball.

Mitteldeutsche Rundschau.

Den Freund mit der Schußwaffe lebensgefährlich verletzt.

Burg. In Pietzpuhl hat sich durch Leichtsinn ein tragisches Unglück zugetragen. Der 18jährige Kutscher Randel, Sohn eines Arbeiters in Pietzpuhl, machte mit seinem Tesching in der elterlichen Wohnung Schießübungen. Er hatte gerade die Waffe gegen die Wohnungstür gerichtet, als diese sich öffnete und der 14jährige Freund des Randel, Arthur Klietz, die Wohnung betrat. Im gleichen Augenblick krachte ein Schuß und Klietz brach, von der Kugel in die Brust getroffen, zusammen. Der sofort herbeigerufene Arzt sorgte für die Ueberführung des Schwerverletzten in das Burger Kreiskrankenhaus, wo er in lebensgefährlichem Zustande darnieder liegt.

Schwerer Einbruch in ein Lebensmittellager.

Schönebeck (Elbe). In der Nacht wurde in das Lebensmittellager der Firma Thams u. Garfs eingebrochen. Es wurden Lebensmittel aller Art, Wein und Weihnachtsleckereien im Werte von etwa 700 M gestohlen. Da die gestohlenen Waren etwa 12 Ztr. schwer sind, müssen die Diebe einen Kraftwagen benutzt haben, um sie wegzuschaffen. Auffallend ist, daß niemand etwas von dem nächtlichen Treiben bemerkte, trotzdem die Polizeiwache nur wenige Schritte entfernt untergebracht ist.

Wegen Tragens der Parteiuniform der NSDAP. verurteilt.

Stendal. Vor dem Einzelrichter hatte sich im Schnellverfahren der Handlungsgehilfe Erich Lederhausen, der der NSDAP. angehört, wegen Tragens der Parteiuniform und unbefugten Waffentragens zu verantworten. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Schwerer Einbruch in eine Gastwirtschaft.

Stendal. Die Einbrüche in Gastwirtschaften mehren sich in letzter Zeit erheblich. In der letzten Nacht wurde wieder die Gastwirtschaft Müller in der Arnimerstraße heimgesucht. Es wurden für 1200 M Zigaretten gestohlen.

Der falsche Kriminalbeamte.

Wittenberge. Wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und unbefugter Anmaßung eines öffentlichen Amtes stand der 26 Jahre alte Dienstknecht Erich Heintze vor der Strafkammer. Er hatte in einer Sonntagnacht zwei von einem Tanzvergnügen kommende Mädchen aus Pritzwalk auf der Landstraße angehalten, sich als Kriminalbeamter ausgegeben und die Mädchen „verhaftet", weil sie ohne Licht gefahren waren. Eins der Mädchen schickte er später fort, dem anderen befahl er, ihm zu folgen. Zum Glück für das Mädchen kamen einige junge Burschen des Weges. Heintze ergriff die Flucht, wurde aber später bei einem anderen Tanzvergnügen erkannt und festgenommen. Das Urteil des Gerichts lautete auf drei Monate Gefängnis.

Hartnäckiger Selbstmörder.

Nordhausen. Unweit des Bahnhofes Berga-Kelbra warf sich der 80jährige Martin Stietz aus Berga vor die Maschine eines Eilgüterzuges und wurde eine Strecke weit mitgeschleift und schwer verletzt. Schon am Vortage hatte der Greis versucht, sich am Bahnhof Wallhausen überfahren zu lassen; man konnte ihn allerdings im letzten Augenblick daran hindern.

Sonderbares Urteil.

Halle. Von der Anklage der Verächtlichmachung der Verfassung und des Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz wurde am Montag vom großen Schöffengericht Halle der verantwortliche Redakteur der zurzeit verbotenen hallescher Universitätszeitung, der Student Günther Stöve — entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der 90 M Geldstrafe forderte —, freigesprochen. Während der Hetze gegen die Berufung des Professors Dehn an die hallesche Hochschule druckte Stöve in dem Organ der Halleschen Nazistudenten einen langen Hetzartikel „Wider den undeutschen Geist" ab, in dem die Weimarer Verfassung aufs heftigste beschimpft wurde. Die Verfassung von Weimar und das Diktat von Versailles stünden in ursächlichem Zusammenhang zueinander, denn beide hätten das deutsche Volk den Volksfeinden ausgeliefert. Der Nazi-Verteidiger verlangte kategorisch Freisprechung mit der Begründung, ohne die Weimarer Verfassung hätte es keinen Versailler Vertrag geben können. Zudem sei der Artikel einem seit Jahren unbeanstandet gebliebenen Buche Goebbels entnommen, womit auch formalrechtlich eine Bestrafung wegen Preßvergehens unmöglich sei. Das Gericht entsprach dem Antrag des Verteidigers und begründete den Freispruch folgendermaßen: „Die Beschimpfungen würden wohl manchem unangenehm sein, aber nach reichsgerichtlicher Entscheidung müsse eine rohe Beschimpfung der Weimarer Verfassung oder der republikanischen Staatsform vorliegen. Das sei hier aber nicht der Fall. Man könne höchstens Fahrlässigkeit annehmen, das sei aber nach dem Republikschutzgesetz nicht strafbar."

Gegen Kommunisten kann man anders.

Halle. Das Eisleben Schöffengericht verhandelte gegen 16 Kommunisten, die beschuldigt waren, in einer November-Nacht aus das Parteilokal der Nationalsozialisten in Eisleben einen Ueberfall verübt zu haben. Dabei wurde der SA-Mann Koch, der aus dem Lokal gekommen war, erheblich verletzt. Die Kommunisten behaupteten in der Verhandlung, daß sie an dem fraglichen Abend einen Streifendienst zur Beobachtung der Nazis eingerichtet hätten und dabei von den vor den Lokal stehenden Nazis angepöbelt worden seien. Nach zweitägiger Verhandlung wurde der Hauptangeklagte Glocke, von dem das Gericht annahm, daß er den Nazi mit einem Hirschfänger gestochen hätte, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei Mitangeklagte, die als Rädelsführer bezeichnet wurden, erhielten 2 und 2½ Jahre Gefängnis. Die erwachsenen Mitläufer erhielten je 4, die jugendlichen je 2 Monate Gefängnis. Freigesprochen wurden von den 16 Angeklagten nur vier.

Kirchenräuber erbeuten 1000 Mark.

Eilenburg. Ein Schleichdieb hat in der Kirchenkasse Behälter mittels Nachschlüssel geöffnet. Er stahl etwa 1000 M und entkam unerkannt. Man vermutet, daß es sich um einen Mann handelt, der kurz zuvor mittels Nachschlüssel in das hiesige Lager der Landkraftwerke zu gelangen versuchte, wobei er aber überrascht und verscheucht wurde.

Aus Thale

t.* **Arbeitersport- und Kulturkartell Thale.** Laut Beschluß der letzten Sitzung findet am Mittwoch, dem 13. d. Mts., 20 Uhr, im Gasthof „Zur grünen Tanne" eine wichtige Sport- und Kulturkartellsitzung statt. Neben einigen Anträgen wird noch einmal zur Winternothilfe Stellung genommen. Die Kartellvorstandsmitglieder treffen sich im gleichen Lokal um 19 Uhr zur Vorstandssitzung. Es wird erwartet, daß jeder Verein durch seine Delegierten und ein Vorstandsmitglied vertreten ist.

th. **In der Generalversammlung der Turn- und Sportvereinigung** wurden die Jahresberichte der einzelnen Funktionäre entgegen genommen. Widersprüche erfolgten nicht. Es kann gesagt werden, daß die Arbeit innerhalb des Vereins ohne Reibungen vor sich ging. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl aller Funktionäre. Dann wurden die in kommender Zeit zu erwartenden Veranstaltungen bekannt gegeben.

t.* **Parteivorstand.** Am Dienstag, dem 12. Januar, 20 Uhr, Parteivorstandssitzung bei Schinkel.

Aus Quedlinburg

qh. **Wegen Jagdvergehens** wurde ein Quedlinburger Schlosser und ein Westerhäuser Arbeiter zu 25 bzw. 35 RM. Geldstrafe verurteilt. Erschwerend wirkte hierbei die Zuwiderhandlung gegen das Gesetz über Schußwaffen und Munition.

qh. **Die Ladenkasse geplündert.** Einem Kaufmann am Neuen Wege wurde am Sonntag nachmittag eine recht unangenehme Ueberraschung bereitet, indem ein Einbrecher in der Zeit zwischen 10.30 Uhr und 14.40 Uhr die Registrierkasse ausgeplündert hat. Es muß angenommen werden, daß der Täter mit den örtlichen Verhältnissen vertraut gewesen ist. Er muß gewußt haben, wo die Ladenschlüssel aufbewahrt wurden. Dadurch hat der Einbrecher leicht Eingang gehabt und hat dann auch in aller Ruhe das Geld (200 Mk. in 50-, 20- und 10 Mark-Scheinen sowie in 5- und 3-Mark-Stücken) an sich genommen. An den Waren hat der Täter sich nicht vergriffen.

qh. **Ein Ballen Schafwolle verschwunden.** Von einem Wagen, der von der Gersdorfer Burg nach dem Güterbahnhof fuhr, verschwand ein Ballen Wolle.

qh. **Die Eiserne Front.** Der Verbindungsausschuß hatte zu einer Versammlung einberufen, die sich zu einer imposanten Kundgebung gestaltete. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt, Kopf an Kopf saßen und standen die Erschienenen, in allen Altersstufen — jung und alt, und viele mußten wieder umkehren, weil sie ohne Ausweis nicht eintreten durften. Das Referat des Abends hatte für den verhinderten Genossen Ferl der Genosse Parteisekretär Bruschke-Magdeburg übernommen. Es ist vor allem notwendig, in alle Kreise, und vor allem in die, die uns heute fern stehen, Klarheit und Wahrheit über das Wesen des Marxismus zu bringen. Dann wird auch erkannt werden müssen, daß nicht der Marxismus an den widerwärtigen Verhältnissen schuld ist, sondern der Kapitalismus. Man spürt die Spannungen überall, die zur Explosion zu kommen drohen, man kennt sie aus den übrigen politischen Vorkommnissen. Seit der Verschärfung der Krise, die sich in Bankzusammenbrüchen, Kreditschwierigkeiten, vergrößerte Arbeitslosigkeit, Notverordnungen und Lohnabbau äußert, ist die Gefahr noch vergrößert worden. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß weite Kreise des Bürgertums nur noch an Wunder glauben. Aber sind nicht die Schwierigkeiten des Auslandes in kurzer Zeit lawinenartig gewachsen? In Amerika sind 2 300 Banken geschlossen, wächst das Arbeitslosenheer, sind die Staatshaushalte in Schwierigkeiten geraten. Wo ist in Amerika der Marxismus, der für diese Zustände verantwortlich gemacht werden könnte? Braunschweig ist nur ein primitives Muster dafür, was im Reich errichtet werden soll. Hitler und Hugenberg wollen die Arbeiterbewegung zerschlagen, und wenn dann der Hunger die Arbeiterschaft zwingt, sich zu jeder Bedingung anzubieten, dann haben sie ihr Ziel erreicht. Aber die Drohungen mit dem weißen Terror ist nur ein Bürgerschreck. Der politisch geschulte Arbeiter weiß, was er von den Trabanten der Kapitalisten, den Nazis mit ihren S.A. und S.-S.-Trupps, zu halten hat. Er weiß, daß er von dieser Prinzen- und General-Arbeiterpartei nichts Gutes zu erwarten hat. Ein Regierungswechsel ist in außenpolitischer Hinsicht im Augenblick nicht wünschenswert. Auch eine Neuwahl des Reichstags ergibt keine andere Zusammensetzung. Mithin gibt es für die Nazis noch keine Möglichkeit zur Machtergreifung. Der Angelpunkt für die nächsten Entscheidungen, sind die kommenden Wahlen im Frühjahr. Bis zu dieser Zeit muß die Eiserne Frot stehen. Wir greifen an. — Großer Beifall wurde dem Redner zuteil. Hierauf ergänzten die Genossen Groß, Behrens und Kollmeyer die Ausführungen des Redner durch interessante und zum Teil interne Ausführungen. Mit einem Hoch auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Kreis Quedlinburg

Reinstedt, 11. Januar. Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Reinstedt-Stecklenberg, fand am Sonnabend, in Stecklenberg im Hotel zum „Wurmtal" statt. Der Besuch war außerordentlich stark. Der 1. Vorsitzende Kam. K. Winter, eröffnete die Versammlung und begrüßte die zahlreich Erschienenen. Zunächst hielt Kam. Röber ein aufklärendes Referat über „Notverordnungen und Kriegsopfer", auch sprach er eingehend über alle Ursachen, welche die heutigen Zustände herbeiführten. Das Referat wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Dann folgte der Kassenbericht vom 4. Quartal und Jahreskassenbericht. Dem Kassierer Kam. Tuppe wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dann folgte der Jahres- und Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Versammlungen fanden 12 statt, Vorstandssitzungen 8, außerordentliche Sitzungen 4. Beratungsstunden 46. In diesen wurden 32 Anträge behandelt. 60 Prozent der Anträge wurden mit Erfolg durchgeführt, einige schweben noch. Schriften gingen ein 72. Ausgänge 91. Zu den zwei stattgefundenen Kreisverbandstagungen wurden Vertreter entsandt. An der Kundgebung im April in Magdeburg beteiligte sich die Ortsgruppe fast vollzählig. Die Mitgliederbewegung ist gut. Die Mitgliederzahl beträgt 55 und gleicht dem Mitgliederbestand von 1928. Es folgte die Vorstandswahl. 1. Vors. Karl Winter-Reinstedt, 2. Vors. Andreas Töpperwin, Kassierer Otto Brennecke, Unterkassierer Emma Winter, 1. Schriftführer Paul Medefindt, 2. Hermann Grüger. Die Beratungsstunden finden jeden Donnerstagabend in der Zeit von 19 bis 21 Uhr in der Wohnung des 1. Vorsitzenden Kam. Winter-Reinstedt, Quedlinburger Straße 21, statt. Die nächste Versammlung wurde auf Freitag, 6. Februar, in Reinstedt festgesetzt. Ehe zu dem gemütlichen Teil übergegangen wurde, überreichte der Gauvorsitzende Kam. Röber folgende Mitglieder-Ehrenurkunde für 10jährige treue Mitgliedschaft im Reichsbund: Ewald Schulze, Johanne Ulrich, Minna Krause, Berta Schneider, Anna Abesser, Stecklenberg, sowie die Kameradin Anna Wickert, und Otto Voigt aus Reinstedt.

Wedderstedt, 11. Januar. Ein Verkehrsunfall ereignete sich am Montagmorgen auf der Kreisstraße Quedlinburg—Wedderstedt. An dem ungeschützten Bahnübergang kurz vor Wedderstedt fuhr ein Lieferwagen der Firma Schmidt-Quedlinburg (Fleischwarenfabrik) dem um 8.15 ab Wedderstedt fahrplanmäßigen Zug in Richtung Quedlinburg in die Flanke. Das Auto wurde 30 Meter von der Lokomotive mitgeschleift bis der Zug hielt. Ein Wunder ist es, daß das Auto nicht die 15 Meter hohe Böschung abgestürzt ist. Der Führer des Autos trug auch keinerlei Verletzungen davon. Das Auto wurde erheblich beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0007

Falschmünzer-Arbeit.

Aus der Arbeit der „Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen".

Die von einem Berliner Gericht erfolgte Verurteilung der der Falschmünzerei beschuldigten Brüder Saß hat das Interesse der Allgemeinheit wieder auf die Falschgeldgefahr gelenkt.

Szene am Postschalter: Eine Arbeiterfrau will ein paar Mark auf eine Postanweisung einzahlen. Sie reicht dem Beamten einen Zwanzigmarkschein. Der mut ihn gerade weglegen, stutzt, hält ihn gegen das Licht und sagt trocken: „Ein Falscher! Den Schein muß ich einziehen." Die Frau ist fassungslos. 20 Mark verloren. Ein kaum tragbarer Verlust. — Fast immer sind es die Angehörigen der ärmeren Schichten, an die die Fabrikanten von Falschgeld ihre Produkte abzusetzen versuchen: Arbeiter, kleine Geschäftsleute, Taxichauffeure, Zeitungshändler. Falschgeld rollt durch Deutschland — wie schützen wir uns vor ihm? Nur durch größte Aufmerksamkeit und sorgsamste Prüfung der erhaltenen Geldscheine.

Mit allen modernen Abwehrmitteln kämpft die Polizei gegen das Fälscherunwesen. In Berlin, in einem grozen, grauen Hause, nahe der Reichsbank, hat die Deutsche Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen ihren Sitz. Sie arbeitet Hand in Hand mit der Reichsbank und hat während der Jahre ihres Bestehens schon Hunderte von Falschmünzern zur Strecke gebracht. Kurz nach dem Kriege wurde sie gegründet. Bis dahin waren Münzverbrechen verhältnismäßig selten. Erst in der Inflation, als die knapp gewordene Papiergelddecke die Reichsbank zwang, ungeheure Mengen Geldnoten in den Verkehr zu bringen, wandte sich das Berufsverbrechertum, das inzwischen durch die hohe Schule der Lebensmittelkartenfälschung gegangen war, diesem lukrativen Erwerbszweig zu. Wie Pilze schossen die Falschgeldwerkstätten aus der Erde. Die technisch schlecht geschützten Geldscheine der Inflationszeit verleiteten geradezu zur Nachahmung. Eine wahre Hausse brach auf dem Falschgeldmarkt aus, und neben den deutschen Geldscheinen wurden auch ausländische Noten in Hülle und Fülle gefälscht und unter das Publikum gebracht. Als dann die Rentenmark kam, ging die Zahl der Fälschungen herunter, doch wurden selbst in den Jahren 1924 und 1925 noch Hunderte von Personen wegen Münzverbrechen verurteilt.

Und heute? Die Wirtschaftskrise des vorigen Jahres mit all ihren Auswirkungen hat den Umlauf von Falschgeld wieder sichtlich anschwellen lassen. Allerdings werden weit weniger Banknoten gefälscht als in den Inflationsjahren. Dies hat seinen Grund: Zur Nachahmung der Reichsbanknoten, die in einem komplizierten Druckverfahren hergestellt werden, braucht man Betriebskapital, kostspieliges Material und eine Menge von technischen Fertigkeiten und Fachkenntnissen. Monatelang muß versucht und probiert werden, ehe man endlich an die Ausführung gehen kann, denn der Druck einer einzigen Note erfordert 12 Arbeitsgänge. Deshalb haben sich in den letzten Jahren die berufsmäßigen Fälscher immer mehr auf die Anfertigung von Metallgeld umgestellt. Unterscheiden sich die gefälschten Noten meist durch mißlungene Bilder und Wasserzeichen von den echten, so erkennt man die Metallgeldfälschungen verhältnismäßig leicht am Klang. Meist stimmen sie auch im Gewicht nicht mit den echten Geldstücken überein, da der Fälscher hauptsächlich auf das Aussehen seiner Legierung achten muß. 80 Prozent aller Falschstücke sind schwerer oder leichter als das Original, das jeweils zum Vorbild diente. In Frage kommen ausschließlich Zwei- oder Fünfmarkstücke, auch Fünfziger, während sich die Fälschung der kleineren Münzen kaum lohnen würde.

Außerordentlich gut ist der Absatz der Falschstücke organisiert. Meist schicken die Fabrikanten ihre Vertreiber in Kolonnen durch ganz Deutschland. Eine Kolonne besteht gewöhnlich aus zwei Mann. Sie fahren von Stadt zu Stadt und suchen hauptsächlich kleine Geschäftsleute heim. Dabei verwenden sie folgenden Trick: Während der eine den Laden betritt, eine Kleinigkeit kauft, ein Falschstück in Zahlung gibt und den Verkäufer durch vieles Reden und Fragen abzulenken versucht, wartet draußen sein Komplize, der einen ganzen Vorrat von Falschstücken mit sich führt. Ist das Manöver geglückt, so treffen sie sich nachher wieder unauffällig. Der erste gibt dem zweiten die gekaufte Ware und nimmt ein neues Falschstück in Empfang. Manchmal sind auch drei an dem Vertrieb beteiligt. Dann vollzieht sich die Sache so: Der erste gibt das Falschstück in Zahlung, der zweite wartet wieder in der Nähe des Geschäftes und der dritte hat die Aufgabe, den ersten zu decken. Kommt es zu Schwierigkeiten, so betritt er ebenfalls den Laden, mischt sich ins Gespräch und erbietet sich im Notfalle, als angeblicher Sachverständiger, den fraglichen Schein umzumwechseln. Fast immer fallen die Geschäftsleute auf diesen Trick herein.

Wie arbeitet nun die „Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen"? Sie führt eine lückenlose Kartei über alle Fälschungen; über alle Personen, die sich des Münzverbrechens schuldig gemacht haben oder auch nur verdächtig sind. Innerhalb der Kartei sind die Hersteller von Falschgeld genau klassifiziert: der macht nur Zehnmarkscheine, der andere ist Spezialist für Metallgeld; die Fälschungen des einen weisen immer wieder dieselben Kennzeichen und Fehler auf. Taucht nun irgendwo ein solches Falschstück auf, so versucht man an Hand der Kartei, die zugleich auch eine interessante Falschgeldsammlung ist, die Werkstatt herauszufinden, oder aus Technik und Fertigkeit der Nachahmung wichtige Anhaltspunkte zu gewinnen. Auch gelingt es oft mit Hilfe der eingegangenen Meldungen, die Reiseroute der Absatzkolonnen festzustellen. Die örtlichen Polizeibehörden werden durch Polizeifunk benachrichtigt und warnen dann ihrerseits die Geschäftsleute vor Eintreffen der Kolonnen.

Schwierig ist die Aushebung der Werkstätten selber. In den menschenüberfüllten Großstädten können sich die Falschmünzerbanden durch öfteres Wechseln ihres Unterschlupfes immer wieder der Verfolgung entziehen. Es gehört eine mühevolle Kleinarbeit, oft monatelange Beobachtung dazu, ehe einer dieser „Fabrikanten" gefaßt werden kann. Trotzdem hat die Zentralstelle allein im vorigen Jahre mehrere Dutzend Werkstätten ausgehoben.

Dittfurt, 12. Januar. Der Kleingartenverein „Einigkeit" hielt am Freitag abend vergangener Woche in der Wahrmundschen Restauration „Zum Rathause" seine Generalversammlung ab. Die Vorstandswahl ergab folgendes Bild: Erster Vorsitzender Gartenfreund Fritz Weber, zweiter Vors. Fr. Witte, Kassierer Gustav Behrens, Schriftführer Wilhelm Brink. Schließlich wurde noch der Bericht des Kreisverbandes verlesen. Unter „Verschiedenes" wurde noch beschlossen, eine Pachtermäßigung zu beantragen. — Das Hochwasser hat sich auch in unserem Orte recht unangenehm bemerkbar gemacht. Noch jetzt sind die Aecker überflutet. Die Gebäude am Mühlengraben waren in arger Bedrängnis. Das Wasser ist jetzt wieder wesentlich zurückgegangen.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen für die Anteilnahme

herzlichen Dank.

Halberstadt, den 12. Januar 1932.

Ernst Kühn und Kinder

Preise

auffallend gesenkt!

Färberei Paatz

Düsternbrauen 17 Telefon 1571

Abholen und zusenden kostenlos

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in der Anlage verzeichneten Grundstücke

am 25. Februar 1932, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle, Petershof, Zimmer Nr. 16, versteigert werden.

Anlage:

Harsleben, Band 7, Blatt Nr. 310:

Eigentümer: Landwirt **Gustav Schmidt** in Harsleben.

Best.-Verz. Nr. 1, Kossatenhof Nr. 92, Wohnhaus mit Hofraum, Ställen und Scheunen, 162 Mtr. Nutzungswert.

Best.-Verz. Nr. 2, Acker im Mühlenfelde, Plan 510, Kartenblatt 6, Parzelle 39, Größe 17,60 a, 3,07 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 3, Acker im Fiade, von Plan 459, Kartenblatt 3, Parzelle 730/182, Größe 39,41 a, 7,72 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 4, Acker in den Hühnerblecken, von Plan 797, Kartenblatt 9, Parzelle 265/33, Größe 1,1812 ha, 5,50 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 5, Acker im Steinkuhlenfelde, von Plan 1210 a. b. IV, Kartenblatt 12, Parzelle 188/39, Größe 2,3085 ha, 36,16 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 6, Acker am Börneckerwege, von Plan 1130 b, Kartenblatt 13, Parzelle 419/72, Größe 53,41 a, 8,37 Taler Reinertrag.

Grundsteuermutterrolle Artikel 752.

Gebäudesteuerrolle Nr. 103.

Harsleben, Band 47, Blatt Nr. 1088:

Eigentümer: Landwirt **Gustav Schmidt** zu Harsleben. Haus Nr. 92.

Best.-Verz. Nr. 1, Acker vor der Vogelruie, von Plan 810 b, Kartenblatt 9, Parzelle 142/5, Größe 55,46 a, 6,63 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 2, Acker vor der Vogelruie, von Plan 810 b und 810 a, Kartenblatt 9, Parzelle 144/5, Größe 51,07 a, 9,19 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 3, Acker hinter dem Steinwege, von Plan 1133 a, Kartenblatt 13, Parzelle 285/77, Größe 38,42 a, 7,53 Taler Reinertrag.

Grundsteuermutterrolle Artikel 1007.

Wegeleben, Band 36, Blatt Nr. 771:

Eigentümer: Landwirt **Gustav Schmidt** in Harsleben.

Best.-Verz. Nr. 1, Acker auf dem Wybiskämpen Nr. 1192, Kartenblatt 11, Parzelle 20, Größe 25 a, 4,90 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 3, Acker auf der Burgwunne Nr. 1047, Kartenblatt 10, Parzelle 19, Größe 24 a, 2,82 Taler Reinertrag.

Grundsteuermutterrolle Artikel 500.

Wegeleben, Band 51, Blatt Nr. 1288:

Eigentümer: Landwirt **Gustav Schmidt** zu Harsleben, Haus Nr. 92.

Best.-Verz. Nr. 1, Acker über dem Schwiedesteine, von Nr. 997 a, b, Kartenblatt 10, Parzelle 225/189, Größe 15,45 a, 1,51 Taler Reinertrag.

Grundsteuermutterrolle Artikel 1018.

Die Versteigerungsvermerke sind am **8. Oktober 1931** in das Grundbuch eingetragen.

Halberstadt, den 17. Dezember 1931.

Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in der Anlage verzeichneten Grundstücke

am 4. Februar 1932, vorm. 9 Uhr

an der Gerichtsstelle, Petershof, Zimmer Nr. 16, versteigert werden.

Anlage:

A. Rodersdorf, Band 3, Blatt Nr. 45, eingetragener Eigentümer der Landwirt Carl Weber aus Schwoitsch b. Halle.

Best.-Verz. Nr. 1, Wohnhaus, Dorfstr. Nr. 46, mit Hofraum, Hausgarten, Scheune, Ställen, Schuppen, Taubenteiler usw., 504 Mk. Nutzungswert, Gebäudesteuerrolle Nr. 45.

Best.-Verz. Nr. 2, Acker im Schleiwegsfelde Nr. 25, Kartenblatt 1, Parzelle 63, 64, 152/62, Größe 5,0060 ha, 92,47 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 8, Wohnhaus, Dorfstr. Nr. 49, mit Hofraum, Hausgarten, Scheune und Ställen, 90 Mk. Nutzungswert, Gebäudesteuerrolle Nr. 48.

Best.-Verz. Nr. 9, Acker am Dorfe Nr. 3 a, Kartenblatt 1, Parzelle 28, Größe 0,81 a, 0,15 Taler Reinertrag. Grundsteuermutterrolle Artikel 39.

B. Rodersdorf, Band 7, Blatt Nr. 81, eingetragener Eigentümer die Ehefrau des Maurers Carl Siebert, Sophie geb. Weber in Rodersdorf.

Best.-Verz. 1 a, Acker im Renneckenfelde Nr. 86, Kartenblatt 2, Parzelle 183/83, Größe 18,70 a, 2,93 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 2, Acker im Mittelfelde Nr 42, Kartenblatt 3, Parzelle 18, Größe 75,10 a, 10,72 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 3, Acker im Renneckenfelde von Nr. 86, Kartenblatt 2, Parzelle 244/75, Größe 34,20 a, 5,36 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 5, Acker daselbst von Nr. 105, Kartenblatt 2, Parzelle 220/65, Größe 12,47 a, 1,95 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 6, Wiese an der Bode Nr 647, Kartenblatt 1, Parzelle 242/12, Größe 52,60 a, 8,24 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 7, Acker im tiefen Tale von Nr. 71, Kartenblatt 3, Parzelle 43, Größe 49,80 a, 7,80 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 8, Acker daselbst, Kartenblatt 3, Parzelle 44, Größe 50 a, 7,84 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 9, Acker im Schleiwegsfelde von Nr. 29 a/30, Kartenblatt 1, Parzelle 107, Größe 1,5290 ha, 29,95 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 10, Acker im Renneckenfelde Nr. 77, Größe 12 a, 1,62 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 11, Wohnhaus, Dorfstraße 48, mit Hofraum, Hausgarten, Scheune, Ställen und Schuppen usw., 102 Mark Nutzungswert, Gebäudesteuerrolle Nr. 47.

Best.-Verz. Nr. 12, Acker am Dorfe Nr. 3 d, Kartenblatt 1, Parzelle 131/29, Größe 1,80 a, 0,35 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 13, Acker im Renneckenfelde Nr. 115, Kartenblatt 2, Parzelle 109, Größe 11,70 a, 1,88 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 14, Acker daselbst von Nr. 77, Kartenblatt 1, Parzelle 170/130, Größe 11,80 a, 1,57 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 15, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 171/130, Größe 11,70 a, 1,58 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 16, Acker daselbst von Nr. 86, Kartenblatt 2, Parzelle 81, Größe 34,20 a, 5,36 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 17, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 76, Größe 34,20 a, 5,36 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 4, Acker daselbst von Nr. 87, Kartenblatt 2, Parzelle 249/70, Größe 82,70 a, 12,96 Taler Reinertrag.

Grundsteuermutterrolle Art. 147.

C. Rodersdorf, Band 8, Blatt Nr. 120, eingetragener Eigentümer der Tischlermeister Heinrich Weber in Blankenburg/Harz.

Best.-Verz. Nr. 4, Acker im Renneckenfelde von Nr 86, Kartenblatt 2, Parzelle 158/79, Größe 27,80 a, 3,71 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 5, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 166/80, Größe 29,90 a, 3,93 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 6, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 157/79, Größe 28,10 a, 3,72 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 7, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 150/80, Größe 29,90 a, 3,92 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 10, Acker daselst, Kartenblatt 2, Parzelle 84, Größe 16,10 a, 2,14 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 11, Acker daselbst, Kartenbl. 2, Parzelle 182/83, Größe 18,60 a, 2,46 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 12 a, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 329/77, Größe 29,08 a, 3,84 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 12 b, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 330/78, Größe 27,62 a, 3,66 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 13 a, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 331/77, Größe 56,82 a, 7,91 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 13 b, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 332/78, Größe 58,48 a, 7,85 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr 14 a, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 153/73, Größe 28,60 a, 3,80 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 14 b, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 156/74, Größe 28,10 a, 3,79 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 15, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 151/73, Größe 28,60 a, 3,79 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 16, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 154/74, Größe 28 a, 3,74 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 17, Acker daselbst, Kartenblatt 2, Parzelle 152/73, Größe 28,80 a, 3,83 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 18, Acker daselbst, Kartenblatt 2 Parzelle 155/74, Größe 27,80 a, 3,74 Taler Reinertrag, Grundsteuermutterrolle Artikel 41.

D. Wegeleben, Band 24, Blatt Nr. 553, eingetragener Eigentümer die Ehefrau des Maurers Carl Siebert, Sophie geb. Weber zu Rodersdorf.

Best.-Verz. Nr. 1 a, Wiese auf der Dorfstätte Nr. 570, Größe 21,30 a, 3,36 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 1 b, Acker daselbst, Kartenblatt 5, Parzelle 96, Größe 1,3170 ha, 23,66 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 2, Acker daselbst von Nr. 574, Kartenblatt 5, Parzelle 108/85, Größe 69,50 a, 11,85 Taler Reinertrag.

Best.-Verz. Nr. 3, Acker daselbst von Nr. 588, Kartenblatt 5, Parzelle 60, Größe 1,0210 ha, 20 Tlr. Reinertrag.

Grundsteuermutterrolle Artikel 262.

E. Wegeleben, Band 40, Blatt Nr. 885, eingetragener Eigentümer Carl Weber aus Schwoitzsch bei Halle.

Best.-Verz. Nr. 2, Wiese in den Marktteilen von Nr 547, Kartenblatt 6, Parzelle 192/29, Größe 51,32 a, 8,04 Taler Reinertrag.

Grundsteuermutterrolle Artikel 618.

Die Versteigerungsvermerke sind am **5. November 1931** in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer waren damals die aus der Anlage ersichtlichen Personen eingetragen.

Halberstadt, den 12. Dezember 1931.

Das Amtsgericht.

Stadtforst Halberstadt.

Freitag, den 15. Januar 1932, vormittags 10 Uhr öffentlich meistbietender Verkauf im Restaurant „Spiegelsberge" von nachstehendem **Nutz- und Brennholz:**

A. Spiegelsberge:

6½ rm Kiefern-Nutzrollen, I. Kl., 2½ m lang,
3 rm Kiefern-Nutzrollen, II. Kl.,
50 rm Eichen- und Kiefern-Kloben u. Knüppel,
55 rm Kiefern- und Erlen-Stangenhaufen.

B. Thekenberge:

105 St. Kiefern-Stangen, I. bis III. Kl.
350 St. Fichten-Stangen, IV. bis VIII. Kl. (Bohnenstangen),
22 rm Birken-Besenreis,
30 rm Kiefern-Nutzrollen II. Kl.,
123 rm Kiefern-Brennkloben,
48 rm Kiefern-Knüppel.

Halberstadt, den 9. Januar 1932.

Der Magistrat.

Oschersleben.

Einladung

zur ordentlichen Sitzung der Stadtverordneten

am **Freitag, den 15. Januar 1932, abends 8 Uhr** im Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung:

a) öffentliche Sitzung:

1. Kenntnisnahmen.
2. Wahl des Vorstandes der Stadtverordneten-Versammlung für das Jahr 1932.
3. Wahl der Ausschüsse.
4. Auflösung des Kanalausschusses.
5. Aenderung der Ziffer 3 der Vordemerkung zur Besoldungstafel.
6. Zustimmung zur Umbennennung der Barbierstraße in „Honemann-Straße".
7. Vornahme einer Neuwahl für den bisherigen Bezirksvorsteher Fleischermeister Louis Schulze.
8. Zustimmung zur Ausführung des Bürgersteiges auf der Südseite der Eberstraße und Bewilligung von 1000 RM.
9. Geländeaustausch mit der Reichsbahn.

Hierauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Oschersleben (Bode), den 11. Januar 1932.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Krebs.

Thale

Oeffentliche Mahnung.

Bis zum 15. Januar 1932 sind an die unterzeichnete Kasse die nachstehend bezeichneten **Steuern für Monat Januar 1932,** soweit dieselben nicht vom Magistrat gestundet wurden, zu entrichten:

die staatliche Grundvermögensteuer, der staatliche Zuschlag zur Grundvermögensteuer, die staatliche allgemeine Hauszinssteuer, der Gemeindezuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer, die Hundesteuer, die Müllabfuhrgebühren, sowie die Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer vom Ertrage und vom Kapital.

Bank- und Postüberweisungen müssen unter Angabe der Konto-Nr. so zeitig veranlaßt werden, daß die unterzeichnete Kasse am Fälligkeitstage über die Beträge verfügen kann.

Für später eingehende Steuern von mehr als 10.— RM. werden 12% Verzugszinsen erhoben.

Vom 16. d. Mts. ab werden die Rückstände im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen.

Eine Behandigung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Thale, den 12. Januar 1932.

Städtische Steuerkasse.

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung über Preisschilder und Preisverzeichnisse vom 17. Dezember 1931 (R. G. Bl. S. 788), sind die Verkäufer von Brot oder Kleingebäck, die Händler mit Frischfleisch, sowie die Friseure und Bardiere verpflichtet, **Preisschilder oder Preisverzeichnisse** zu führen und so anzubringen, daß sie gut sichtbar sind.

Wir unterlassen nicht, noch besonders darauf hinzuweisen, daß eine strenge Kontrolle darüber angeordnet worden ist.

Thale a. H., den 11. Januar 1932.

Der 1. Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

August.

Wernigerode

Bekanntmachung.

Auf Grund der Polizeiverordnung vom 1. Juli 1925 betr. die Wohnungsordnung für die Stadt Wernigerode finden in den nächsten Wochen Feststellungen in den Wohnungen statt, deren Inhaber

Zimmer an Fremde

(auch Sommerfremde) vermieten.

Dem die Besichtigung ausführenden Baupolizeibeamten ist zu sämtlichen Räumen der Wohnung der Zutritt zu gewähren. Alle erforderlichen Auskünfte sind bei Vermeidung einer Bestrafung wahrheitsgemäß zu erstatten.

Wernigerode, den 9. Januar 1932.

Der 1. Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Dr. Gepel.

Bekanntmachung.

Wir haben Veranlassung, nochmals besonders darauf hinzuweisen, daß Herr Dr. med. Becker bereits seit **1. Juli 1931** nicht mehr als Fürsorgearzt tätig ist.

Die ärztliche Versorgung derjenigen hilfsbedürftigen Personen, die sich in der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes befinden, ist seit dieser Zeit folgenden Aerzten übertragen worden:

Bezirk I: Dr. Herr;
„ II: Dr. Böttcher;
„ III: Dr. Wasmer;
„ IV: Dr. Degener.

Die Bezirkseinteilungen sind im Wohlfahrts- und Arbeitsamt zum Aushang gebracht.

Vor Inanspruchnahme des zuständigen Fürsorgearztes ist der Behandlungsschein im Wohlfahrtsamt abzuholen. Nur in dringendem Krankheitsfalle kann davon abgesehen werden. In diesem Falle ist der Behandlungsschein jedoch innerhalb 24 Stunden dem Fürsorgearzt nachzureichen.

Wernigerode, den 11. Januar 1932.

Der Magistrat. Wohlfahrtsamt.

Schenkt Bücher!

Gut sortiertes Lager in Büchern aller Art

Bilder-, Märchen-, Jugend-Bücher, gute Romane, wissenschaftliche u. Parteiliteratur

Volksbuchhandlung, Burgstr. 30.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0008

S·p·o·r·t

Aufgaben des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes 1932.

Im Zusammenwirken aller Kräfte lag von jeher die Stärke des ATSB. 1932 wird ein Jahr des planmäßigen inneren Ausbaues seiner Organisation sein. Die Vorbereitungen sind von der Bundesleitung getroffen und es besteht kein Zweifel, daß die rührige Mitgliedschaft die erfolgreiche Durchführung der Arbeiten garantiert. Die vielgestaltige Aufbautätigkeit wird ihre Höhepunkte finden in Veranstaltungen, die von allen Bundesvereinen an einem gleichen Tag durchgeführt werden, und in Entscheidungsspielen und anderen Wettkämpfen.

Das Jahresprogramm enthält zur gemeinschaftlichen Durchführung durch alle Spartenmitglieder (Turner, Frauen, Leichtathleten, Wassersportler, Fußball- und alle Handballspieler) einen Werbelauftag am 8. Mai (vormittags), ein Bundesjuniorentreffen am 4. September, einen Tag der Jugend am 25. Juni, Beteiligung mit allen Ortsgruppen der Vereine der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege am Reichsarbeitersporttag am 26. Juni, eine Bundes-Frauenwerbewoche nach freier Wahl in der Zeit vom 31. Mai bis 31. August 1932.

Die Turnsparte, der die Turner, Leichtathleten und Handballspieler angehören, hat in ihrem Jahresprogramm stehen: Vorturnerprüfung am 17. April, Schulungstag der Leichtathleten am 29. Mai, Bundesmeisterschaft für Leichtathletik in Dresden am 13. und 14. August, Vereinsmehrkämpfe in Leichtathletik am 11. September, 1. Ausscheidungsspiel für Handball am 14. Aug., zweites Ausscheidungsspiel für Handball am 28. August, drittes Ausscheidungsspiel für Handball am 11. September, Schlußspiel um die Bundesmeisterschaft im Handballspiel am 25. September.

Die Fußballspieler, die ebenso wie die Handballspieler in den Bezirken und Kreisen des Bundes tausende von Spielen zur Ermittelung der Meister durchführen, künden für die Endspiele um die Bundesmeisterschaft folgende Termine an: erstes Vorentscheidungsspiel um die Bundesmeisterschaft im Fußballspiel am 24. 4., zweites Vorentscheidungsspiel um die Bundesmeisterschaft im Fußballspiel am 22. Mai.

Bei den Wassersportlern ist die Austragung der Bundesmeisterschaft in Wasserspiel fällig. Für die Vorrundenspiele ist der 7. August, und als Austragungsorte Frankfurt a. M. und Berlin vorgesehen. Das Endspiel findet voraussichtlich am 21. August in Herne i. Westf. statt.

*

Arbeitersportmöglichkeiten in Spanien.

Spanien hat in letzter Zeit eine bedeutende politische Umwälzung durchgemacht und ist Republik geworden. Man hatte bis dahin wenig über die sozialistische Bewegung gehört und wußte also auch kaum etwas Positives über die sozialistische Jugendbewegung und den Arbeitersport.

Vor kurzem nun hatte der belgische Arbeitersportführer Lallemand Gelegenheit, den spanischen sozialistischen Abgeordneten Rojo Gonzalez in Brüssel zu befragen über den Stand der sozialistischen Bewegung in Spanien.

Bis zur Abdankung des spanischen Königs hatte die sozialistische Jugendbewegung knapp 1500 Mitglieder; nach dem Umsturz schnellte diese Zahl auf 15 000, aber das sind noch keine überzeugten Sozialisten. Es muß da noch sehr viel Erziehungsarbeit geleistet werden.

Wie stehts mit dem Arbeitersport? In Spanien, sagte Gonzalez, ist die Sozialistische Partei gegen den Sport eingestellt; es gab eigentlich bisher nur eine Gruppe von Naturfreunden in Madrid. Der Volkssport ist der Fußball und die Arbeiter, die Fußball treiben, tun das mit der geheimen Absicht, gelegentlich als Profil zu den bürgerlichen Vereinen zu stoßen. Es wird also daher schon notwendig sein, den Niedergang des bürgerlichen Sports abzuwarten, um eine sozialistische Sportbewegung ins Leben zu rufen.

Hinzu kommt allerdings noch eine andere Schwierigkeit, eine technische. Es fehlt an ausreichenden Verkehrsmöglichkeiten zwischen den größeren Städten Spaniens und vor allen an billigen. Die weit auseinandergelegenen Städte sind nur unter Anwendung größerer Reisekosten zu erreichen und das ist natürlich für eine Arbeiterbewegung sehr nachteilig.

Immerhin versuchen unsere spanischen Freunde, in der Bewegung der „jungen sozialistischen Garde" für die Ziele der Naturfreunde und der Arbeitersportler zu werben.

Gonzalez ist davon überzeugt, daß sich die Jugend Spaniens genau so für die sozialistische Idee begeistern und organisieren lassen wird, wie die anderer Länder Europas. Er studiert augenblicklich die Organisationsformen dieser Länder, um sie für die spanische Mentalität umzuformen und anzuwenden.

Vom portugiesischen Arbeitersport hat er schon lange nichts mehr gehört. Vor einigen Jahren gab es dort eine größere Gruppe, aber seitdem scheint sie angesichts der politischen Erschütterungen dieses Ländchens eingegangen zu sein.

Jedenfalls dürfen die Arbeitersportverbände der Sozialistischen Arbeitersportinternationale die Hoffnung haben, daß ihre Bewegung in der jungen spanischen Republik als Vorbild benutzt wird, um auch dort eine Arbeitersportbewegung zu schaffen, die im Rahmen der großen Organisationen der Arbeiterschaft für die Ziele des Sozialismus wirkt.

*

Handball.

In Hessen führt Darmstadt.

Im zweiten Spiel um die Handballmeisterschaft des Kreises Hessen-Mittelrhein gewann Darmstadt über Oberroden mit 5:4. Am Vorsonntag hatte Darmstadt schon gegen Frankfurt-Bockenheim mit 5:1 gewonnen.

Magdeburg.

Vorwärts Fermersleben vermochte den zweitklassigen Fichte Alte Neustadt nur 5:4 abzufertigen. Der Bezirksmeister Fichte Sudenburg hatte mehr Glück. Die FT. Gerwisch unterlagen 7:2. Die FT Schönebeck stolperten sogar über den zweitklassigen Gegner. Fichte Buckau war entschlossener und siegte 2:1. Eintrach Süd fand auch in dem zweitklassigen Gegner Eintracht Neustadt einen starken Partner, der das 4:4 sich sicher verdient hat. Außerdem wurden folgende Resultate gemeldet: FT. Gerwisch — Kanuklub Burg 14:3. FT. Tangerhütte — Magdeburg Südost 1:3. Fichte Wilhelmstadt — FT. Cracau 4:1. Neue Welt Magdeburg — Fichte Altstadt 3:2. Sportlerinnen Eintracht Süd — Sportverein Barasch 0:0.

Anhalt.

Es gelang dem Turnerbund Bernburg über Latdorf ein 3:2-Sieg zu erringen, während Groß-Kühnau nur mit großer Mühe über Fichte Roßlau mit 3:2 erfolgreich bleiben konnte.

Aschersleben Staßfurt.

Das Spiel um die Gruppenmeisterschaft fand reges Interesse. Leopoldshall B vermochte aber dabei gegen Förderstedt nur 0:0 erreichen. Das Spiel wurde leider wegen Disziplinwidrigkeiten der Förderstedter abgebrochen.

Halle.

Zwintschöna drehte diesmal den Spieß um und schlug Queis 10:2. Die Ammendorfer Schwimmer siegten über Teutschenthal durch bessere Tormarkleistungen 3:2. Die Naturfreunde Halle Süd waren den Reideburgern überlegen. Das Ergebnis von 5:2 spricht dafür

Braunschweig.

Turnerbund Braunschweig — Delphin 1:0. — Wolfenbüttel — Turnerschaft Helmstedt 1:1. — Schwimmer Wolfenbüttel — Braunschweig-Jahn Rüningen 1:2.

*

Neues Naturfreundehaus in Garmisch-Partenkirchen.

Zu den schönsten deutschen Landschaftsgebieten gehört unbestritten das Wettersteingebirge mit seiner gewaltigen Bergwelt. Jeder Wanderer trägt den Wunsch in sich, dieses vielgerühmte Gebiet auch einmal zu schauen und viele Wanderer aus den werktätigen Kreisen wählen sich deshalb Garmisch-Partenkirchen als Urlaubsziel und als Ausgangspunkt für Bergwanderungen in das Wettersteingebiet. Außerdem ist Garmisch als bester Wintersportplatz und als Winterkurort bekannt.

Es war seit Langem als Mangel empfunden, daß die Naturfreunde an diesem wichtigen Ausgangspunkt noch kein eigenes Haus besitzen. Dem ist nun abgeholfen worden durch die Schaffung des Naturfreunde-Erholungsheimes „Edelweiß" in Garmisch durch die Reichsleitung der deutschen Naturfreunde-Reichsgruppe. Wenn es den Naturfreunden trotz der Schwere der Zeit möglich ist, wieder einen solchen Stützpunkt zu schaffen, dann beweist dies, mit welcher unermüdlichen Schaffenskraft sie auch jetzt noch arbeiten, um für das werktätige Volk Stätten der Erholung zu erstellen.

Das neue Haus ist bestens eingerichtet, mit einer Anzahl Zimmer, elektrischem Licht, Zentralheizung und sonstigen Bequemlichkeiten versehen, ganzjährig bewirtschaftet und bildet während der jetzigen Winterzeit zur Ausübung des Wintersports eine angenehme und billige Unterkunft.

Anfragen wegen Auskünfte sind zu richten an: Naturfreunde-Erholungsheim „Edelweiß", Garmisch-Partenkirchen, Martinswinkelstraße 17.

*

Fußball.

Kreismeisterschaften.

Noch keine Entscheidung in Schlesien.

Der letzte Vorrundenspieltag für Schlesien hat noch keine endgültige Entscheidung darüber gebracht, wer das Endspiel bestreitet. Der Titelverteidiger Sportfrde. Waldenburg kam vor 4000 Zuschauern gegen den Oberschlesischen Meister Eiche-Hindenburg trotz zweimaliger Spielverlängerung zu keinem Sieg. Man trennte sich 1:1 (1:1, 0:1). Die Oberschlesier zeigten das bessere Zusammenspiel, trotzdem sie den größten Teil der Spielzeit nur 10 Mann auf dem Platze hatten. Das Wiederholungsspiel findet am 24. Januar statt. — Im zweiten Vorrundenspiel schlug der Görlitzer Bezirksmeister Jahn-Penzig den S. V. Persia-Grünberg in technisch und taktisch überlegener Spielweise 5:1 (1:0), und ist dadurch Endspielgegner geworden.

In Norddeutschland verlor F. S. V. Lübeck.

Im zweiten Rundenspiel um die Norddeutsche Meisterschaft siegte der mecklenburgische Meister Hagenow über den Lübecker Meister F. S. V. 3:1. Hagenow steht nun hinter Kiel-Ost an zweiter Stelle. Doch ist dann eine Wendung zu erwarten, sobald der Hamburger Bezirksmeister, der am 24. Januar ermittelt wird, in die Kreismeisterschaftsspiele eingreift.

Adler-08 führt in Berlin.

Der Bundesmeister 1928 des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat nach seiner Rückkehr aus dem kommunistischen Sportverband wieder seine führende Stellung im Berliner Arbeiterfußballsport eingenommen. Adler-08 gewann im Entscheidungsspiel um die Berliner Gruppenmeisterschaft gegen Herta-Luckenwalde 2:0 (1:0) und wird das Endspiel um die Kreismeisterschaft von Berlin-Brandenburg mit austragen.

Ueberraschungsergebnisse in Hessen-Mittelrhein.

In den ersten Meisterschaftsspielen erzielten die Vertreter vom Lande gegen die zwei Frankfurter Meister hohe Siege. Nauheim schlug Frankfurt-Bornheim verdient mit 5:2, und Egelsbach blieb über Frankfurt-Bockenheim mit 5:1 Sieger. In beiden Spielen wurden technisch sehr gute Leistungen geboten. Bei dem Sieg von Egelsbach spielte das Glück eine große Rolle mit. Am kommenden Sonntag spielen die Sieger und Unterlegenen unter sich.

In Sachsen schieden Gornsdorf und Döbeln aus.

Das Wiederholungsspiel der Bezirksmeister Sachsen-Chemnitz — Gornsdorf endete mit einem 4:1 Sieg der Chemnitzer. Im ersten Spiel hatten sich die Gegner mit 4:3 getrennt. Vor 3000 Zuschauern schlug Freiheit Taura den Rasensportverein Döbeln mit 2:1.

Magdeburg.

Groß-Ottersleben — Sturm 07 1:6. Bennecken-beck gegen M. B. C 3:0. B. f. B. — Fichte Buckau 2:4. Wacker Friesen Neuhaldensleben — Germania Burg 3:1. Burger Sportklub — Teutonia Oschersleben 2:5.

Halle.

Köttichau — Blauweiß 4:6. Rössen — Gruna 5:3.

Anhalt.

Olympia — Adler Coswig 5:4. Turnerbund Bernburg — Hertha Alten 1:3. Sportklub Bernburg — Sportfreunde Altenburg 2:3.

Braunschweig.

Turner Braunschweig — Osterwieck 7:0. Wacker Braunschweig — Sportfreunde Thale 5:1. Union Braunschweig — Eintracht Braunschweig 5:2.

Halle.

B. f. L. Holzweißig — Jahn Roitsch 1:3.

Harzbezirk.

F. C. Burgund Halberstadt 1. gegen Sportkl. Hasserode 1. 4:2 (1:2).

Die Hiesigen hatten bald ein Tor voraus, dem Hasserode bis Halbzeit 2 Tore entgegensetzen konnte. Waren bis Halbzeit beide Gegner gleichwertig, so zeigte sich nach Wiederanstoß eine Ueberlegenheit der Burgunder. Drei Tore waren der Erfolg, dem die Gäste nichts mehr entgegensetzen konnten. — Die zweite Mannschaft schlug die gleiche von Hasserode mit 8:0.

Sportklub „Union" Thale 1. gegen „Freie Turner" Aschersleben 1. 5:1. Am Sonntag hatte genannter Verein den Kreismeister mit seiner 1., 2., 3. und Jugend-Mannschaft nach hier verpflichtet. Die Jugendmannschaften lieferten ein schönes Spiel, das Endresultat 1:1 ist als gerecht zu betrachten. Dagegen mußte Unions 3. Elf eine 0:3-Niederlage hinnehmen. Den einzigen Sieg des Tages konnte die 2. Mannschaft mit 2:0 erzielen. Eine Ueberraschung brachte das Treffen der beiden ersten Mannschaften. Freie Turner Aschersleben gewann das Spiel 5:1. Union mußte für Mittelstürmer Ersatz stellen, was sich stark bemerkbar machte. Man vermißte den Zusammenhang im Sturm. Auch fiel die Mannschaft der hohen Spielweise zum Opfer. Die Gäste dagegen führten einen flachen Fußball vor, wodurch die Hintermannschaft Unions mürbe gemacht wurde. Freie Turner Aschersleben haben ihrem Kreismeistertitel Ehre gemacht. Die zahlreich erschienenen Zuschauer kamen auf ihre Rechnung. Der Schiedsrichter Sportgen. Kruse-Halberstadt leitete sehr gut.

*

Notizen.

Bezirkstag der Wassersportler.

Am Sonntag fand in Halberstadt der Bezirkssportentag der Wassersportler des 1. Bezirks im 2. Kreise des Arb.-Turn- und Sportbundes statt. Anwesend waren außer dem Mitglied des Bezirksrates, Gen. Delmann-Wernigerode, sämtliche Bezirksfunktionäre sowie 9 Delegierte aus Osterwieck, Thale, Quedlinburg, Oschersleben, Gernrode und Halberstadt. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erstattet Spartenleiter Gen. Kloth-Osterwieck den Jahresbericht, ergänzt von den einzelnen Funktionären wie Kassierer, Rettungs-, Wasserball-, Springobmann und der Frauenvertreterin des Bezirks. Wenn der Bericht auch erkennen ließ, daß die Werbung neuer Mitglieder infolge der trostlosen Wirtschaftslage sehr beschwerlich ist, so darf doch festgestellt werden, daß der 1. Bezirk nur eine kaum nennenswerte Mitgliederabnahme zu verzeichnen hat. Im Gegenteil haben die Kinderabteilungen einen erfreulich starken Zuwachs zu buchen. Rein sportlich hat der Bezirk ebenfalls im vergangenen Jahr gut abgeschnitten, sowohl bei Schwimmfesten als auch in den Wasserballserien. Der Kassenbestand kann in Anbetracht der allgemeinen Lage als sehr günstig angesprochen werden. Die Aussprache wurde sachlich von allen Debatteredrnern durchgeführt und ließ erkennen, daß sich alle Funktionäre des Ernstes der Stunde bewußt sind, der, über Kleinigkeiten hinweggehend, im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung einmütiges Handeln fordert. Gewünscht wurde, daß die Wassersportsparte mehr Fühlung mit Kreis- und Bezirksrat sowie mit der Turnsparte nehmen möge. Die Wahlen ergaben Wiederwahl des bisherigen Bezirksvorstandes. Neu gewählt wurde Gen. Ferdinand Kloth-Osterwieck als Kampfrichter-Obmann und Gen. Brecht-Halberstadt als Schriftführer. Beschlossen wurde, das Bezirksschwimmfest in diesem Jahre am 24. Juli zu veranstalten. Der Ort wurde noch nicht festgelegt. Ferner hält der 1. Bezirk am 24. April eine Kampfrichter- und am 18. September eine Rettungsschwimmerprüfung ab. Anträge lagen der Tagung nicht vor. Auch unter Verschiedenes wurden keine großen Redeschlachten mehr geschlagen. Die neuen Bezirksstatuten wurden nach kurzer Beratung in der vorgelegten Form angenommen. In seinem Schlußwort sprach Gen. Ernst Kloth die Hoffnung aus, daß der Bezirk in diesem Jahre rege Arbeit leisten möge, zum Nutzen der Arbeitersport-Bewegung und schloß den Spartentag mit dreifachem „Frei-Heil!" auf den Bund. Kb.

Die Handballer tagen.

Am Sonntag, dem 10. Januar, fand die Schiedsrichter- und Vereinsspielleiter-Tagung der Handballer im Quedlinburger Gewerkschaftshaus statt. Die starke Vertretung aller Vereine bewies, daß trotz wirtschaftlicher Not der Handballsport über einen guten Stamm verfügt. Vom Kreis war Gen. Kann-Magdeburg anwesend. Der gesamte Bezirksvorstand war ebenfalls zur Stelle. Alle Fragen wurden in harmonischer Weise zum guten Ende geführt. Die Schiedsrichter müssen in der kommenden Serie besonders scharf durchgreifen. Als Bezirksschiedsrichter-Obmann wurde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0009

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1.80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortlich für Politik und Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame und Inserate Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 9 — **Dienstag, den 12. Januar 1932** — **7. Jahrgang**

Abgelehnt.

„Aus Achtung vor der Verfassung" — sagen Hitler und Hugenberg.

Nach tagelangen Beratungen sind Hitler und Hugenberg darüber einig geworden, mit welcher Begründung sie den Vorschlag der Reichsregierung, die Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag verlängern zu lassen, ablehnen könnten. Es ist ihnen keine bessere Ausrede eingefallen, als die Erklärung, daß die Wiederwahl durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages verfassungsrechtlich unzulässig sei.

Mit dieser Antwort der Harzburger ist der Plan der Reichsregierung gescheitert. Zugleich aber auch ist eine Klärung der Lage eingetreten, trotz aller Versuche der Harzburger durch die Form ihrer Antwort eine Klärung zu vermeiden; denn hinter der Ausrede stehen in Wahrheit nicht verfassungsrechtliche, sondern politische Gründe. Und selbst diese Ausrede enthält noch einen ungeheuerlichen Angriff gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Rückzug auf angebliche verfassungsrechtliche Bedenken unterstellt der Reichsregierung, daß sie die Verfassung habe durchbrechen wollen. Er enthält zugleich die Unterstellung, daß der Reichspräsident seine Zustimmung zu einer Durchbrechung der Verfassung gegeben habe.

In dem krampfhaften Bemühen, sich von einer inhaltlichen Entscheidung über die Person Hindenburgs zu drücken, sind die Harzburger auf eine Ausrede verfallen, die in den meisten Kreisen des Volkes als eine scharfe Absage an den Reichspräsidenten von Hindenburg, wenn nicht geradezu als eine Beleidigung des Reichspräsidenten aufgefaßt werden wird.

Nach dem Verlauf der Verhandlungen der letzten Tage verspürt man in dieser Entscheidung sehr deutlich das Uebermiegen der Hugenbergschen Tendenz. Diese Absage ist in erster Linie die Absage Hugenbergs und die scharfe Spitze gegen den Reichspräsidenten in der Absage ist das Geschoß Hugenbergs gegen Hindenburg.

Man scheint im Lager Hugenbergs der Meinung zu sein, daß nun eine Politik der politischen Erpressungen und des politischen Kuhhandels mit der Präsidentenfrage beginnen könne. Eine deutschnationale Verlautbarung zu der Entscheidung Hitlers und Hugenbergs erklärt, daß über die Frage der Präsidentenwahl durch das Volk noch nicht gesprochen worden sei, vielmehr werde dabei alles von der weiteren Entwicklung abhängen. Das ist die Ankündigung einer Kuhhandelspolitik im großen Stile. Man muß allerdings die Frage aufwerfen, ob auf der anderen Seite nach der Brüskierung des Reichspräsidenten durch die Harzburger noch Neigung vorhanden sein wird, auf derartige Manöver einzugehen. Mit ihrer ablehnenden Antwort haben die Harzburger sich selbst enthüllt. Hitler, der dem Drucke Hugenbergs nachgegeben hat und Hugenberg selbst werden an ihrer Entscheidung keine Freude erleben!

*

Abwarten.

Die gestrige Fraktions-Vorstandssitzung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag nachmittag mit der Anregung des Reichskanzlers, die Amtsdauer des Reichspräsidenten Hindenburg durch einen verfassungsmäßigen Beschluß des Reichstages verlängern zu lassen. Der Fraktionsvorstand erörterte außerdem die außenpolitische Lage im Zusammenhang mit den bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Lausanne. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ueber den Zeitpunkt der Einberufung der Gesamtfraktion soll in der nächsten Vorstandssitzung entschieden werden.

*

Reichspräsidentenwahl im Februar?

Neue Taktik Brünings.

Am 26. April 1925 wurde Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Am 5. Mai hat er dann sein Amt angetreten. An diesem Tage des Jahres 1932 läuft seine siebenjährige Amtsperiode ab. Da nach den bisherigen Erfahrungen zwei Wahlgänge stattfinden müssen, war der erste Wahlgang für den 13. März in Aussicht genommen. Nach der Ablehnung der Harzburger verfolgt Brüning jetzt die Taktik, Hindenburg trotz seines bisherigen Widerstrebens doch zur Kandidatur bei der Volkswahl zu bewegen und zwar in der Weise, daß alle Parteien sich mit seiner Kandidatur einverstanden erklären und nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. In dem Falle würde eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgang gesichert sein. Um die Sache zu beschleunigen, soll dann der Termin der Präsidentenwahl schon auf einen früheren Tag vorverlegt werden und zwar in Februar. Ob es freilich möglich ist, alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unter einen Hut zu bringen, ist wohl sehr die Frage.

In der „Deutschen Allg. Ztg." liest man, daß die Verhandlungen am Montag eine neue Wendung genommen hätten. Die Einigung werde nunmehr auf dem Wege der regulären Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk führen. Reichskanzler Brüning habe am Montag die Landvolkparteiler v. Hauenschild und Döbrich, die Staatsparteiler Weber und Meyer, den Wirtschaftsparteiler Moliath und den Volksnationalen Vornemann empfangen. Heute würden sich die Besprechungen mit dem Christlich-Sozialen Simpfendörfer und dem bayerischen Volksparteiler Leicht anschließen. Mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage werde empfohlen, den ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl bereits am 21. oder 28. Februar stattfinden zu lassen.

Die Sozialdemokratie vollkommen frei.

Der „Vorwärts" schreibt zu dem Plan, Hindenburg als alleinigen Kanditen aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zur Volkswahl zu stellen, solange nicht eine Erklärung sämtlicher in Betracht kommender Parteien vorliege, dürfte der Reichspräsident kaum seine Bereitwilligkeit erklären, eine neue Kandidatur anzunehmen. Eine solche Erklärung der Parteien liege aber nicht vor. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei sei keinerlei Bin- [illegible] jeder Richtung volle

Nach Brünings [illegible] gen.

Hoesch bei Laval.

Paris, 12. Januar. (Eig. Drahtb.). Der deutsche Botschafter von Hoesch ist am Montag nachmittag von seiner Berliner Reise nach Paris zurückgekehrt. Er hatte unmittelbar nach seiner Ankunft eine Unterredung mit Laval, die über eine halbe Stunde dauerte und sich auf die Erklärungen Brünings in der Reparationsfrage bezog.

Laval lehnt Brünings „These" ab.

Paris, 12. Januar. In amerikanischen Kreisen in Paris erklärt man, daß Ministerpräsident Laval dem deutschen Botschafter v. Hoesch im Verlauf seiner Unterredung am Montag erklärt habe, daß die These des Reichskanzers hinsichtlich der Reparationen für Frankreich unannehmbar sei.

Die Taktik der Engländer.

London, 12. Januar. (Eig. Drahtb.). Der am Montag abgehaltene Kabinettsrat hat noch keine Entscheidung über die Taktik der Engländer auf der Lausanner Konferenz gebracht. Bei der nächsten Sitzung wird man den Bericht von Sir Frederic Leithroß, der für das englische Schatzamt in Paris verhandelt, und am Montag nachmittag eine längere Unterredung mit dem französischen Finanzminister Flandin hatte, vorliegen haben. Auf der Konferenz wird England durch Finanzminister Chamberlain, Außenminister Sir John Simon und Handelsminister Run- [illegible]

[illegible] gehört der liberalen [illegible]

[illegible] rascht.

[illegible] den Standpunkt der [illegible] ünings über die Un- [illegible] eht, so wird in unter- [illegible] en keine Ueber- [illegible] diese Erklärung ohne [illegible] vollen Verständnisses [illegible] am Montag auch die [illegible]

[illegible] Belgien.

[illegible] belgische Presse be- [illegible] der die Reparations- [illegible] ürlich mit Ausnahme- [illegible] itungen, die von un- [illegible] In Regierungskreisen [illegible] erklärt, daß die bel- [illegible] der deutschen Regie- [illegible] Aeußerungen Brü- [illegible] unzutreffend wieder- [illegible] bestehe für die bel- gische Regierung keinerlei Anlaß, zu den Erklärungen Brünings Stellung zu nehmen.

Triumph der Solidarität.

Das Rettungswunder der Karstengrube.

Sie leben, sie sind da, die verschütteten Bergleute der Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen in Oberschlesien. Aus dem Grab, aus der Kohlenhöhle hat sie die Treue und Hingabe der Kameraden gerettet. Es gibt noch Wunder.

Sie haben nicht umsonst gehofft, die Verschütteten, nicht umsonst an ihre Kameraden geglaubt — 140 Stunden lang, 140 Stunden im Rachen des Todes, 140 Stunden in Hunger, Durst und Verzweiflung und Finsternis. 140 Stunden konnten sie Gewissenserforschung halten und zurückblicken auf ein Leben voll von Sorge und Not, in Not und Sorge für Frau und Kinder, die zuhause bereits den Vater bewinten. 140 Stunden Rückblick von drüben, hinter dem Tor des Todes! Und denn noch Zuversicht und Glauben an die Kameraden.

Diese Kameraden — 140 Stunden im Wettlauf mit dem Tod! Werden sie es schaffen? Werden sie stärker sein als das Gebirge? Der Pickel fliegt, der Bohrer dröhnt, die Pulse fliegen, der Schweiß fließt in Strömen, die Kniee zittern — macht nichts, es wird weiter gegraben — nach Menschen gegraben. Kohlen grübt man ja alle Tage. Dieses Mal aber galt und gilt es, Menschen, womöglich lebendige Menschen aus dem Grab zu graben. Immer neue Widerstände wirft das tückische Gestein in den Weg, immer von neuem werden sie übermunden, weggeschafft, weggetragen, weggerissen — 140 Stunden lang. Sie müssen durch, durch das Tor des Todes, hinter dem lebendige Kameraden warten, warten, hoffen und warten, klopfen und horchen, ob nicht einer ist, nicht einer von den Kameraden tief unten in der Grube, der sie hört, der sie rettet. Und die Menschengräber graben, graben 140 Stunden lang. Sie überwinden den Tod. Sie holen sie heraus, aus den Armen des Todes zum Leben, aus der Nacht zum Licht, und geben den Kindern den Vater wieder, den Mann der Frau, den Freund dem Freund. Hoch klingt das Lied vom braven Bergmann der Karstengrube.

Der Reichspräsident hat die Retter der Karstengrube beglückwünscht. Mit ihm beglückwünscht sie ganz Deutschland. Glückwünsche sind aber, und wenn sie noch so sehr von Herzen kommen, nur Worte. Das Rettungswunder der Karstengrube solle der Regierung Veranlassung sein, auch ihrerseits ein Beispiel von Solidarität und Mitgefühl zu offenbaren. Jahraus, jahrein werden immer wieder die Bergleute bei großen Katastrophen mit Anerkennung und Lobreden überschüttet. Wenn es aber gilt, aus dieser Anerkennung auch einmal die Konsequenzen zu ziehen — wo bleibt dann die Weitherzigkeit? Dann hat immer nur der Verstand das Wort. Dann wird immer nur gerechnet und gerechnet. So war es erst vor kurzem wieder in dem Augenblick, als in der Lohnfrage über die Brotration des Bergmannes entschieden wurde. Ist es denn nicht ein entsetzlich hartes Brot — dieses Brot der Kohlengräber? Ist sich denn nicht alle Welt darüber im klaren, daß man den Schwerstarbeiter nicht beinahe an die letzte Stelle der Lohnreihe plazieren kann? Nicht Dank hat der Bergmann geerntet, sondern Unrecht, als die Lohn-Notverordnung über die Arbeiterschaft verhängt wurde. An der Arbeitsfront des Kumpels geht es auch nicht um Zahlen, es geht da immer um Kopf und Kragen. Wenn auch die Bergleute nur rechnen würden — wo bliebe der Bergbau, wo bliebe die Wirtschaft, wo wären in den letzten Jahren wiederholt Volk und Staat geblieben? Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt. Das ist aber kein Grund für die anderen, auch an ihn zuletzt zu denken.

Weithin leuchtet das Beispiel der armen Kohlengräber des Beuthener Revier. Auch von diesen armen Kohlengräbern könnten die großen Herren in Deutschland und in der Welt draußen etwas lernen. Sie zeigen, was Glaube und Hingabe und Kameradschaft vermögen, sie zeigen, daß nur durch Solidarität Hilfe in der Not möglich ist. Da verhandeln sie zurzeit wieder einmal in Genf und zwar ausgerechnet wieder einmal über das Arbeitsschicksal der Bergleute. In der Verkürzung der Arbeitszeit haben sie wieder einmal — nichts erreicht. Wieder einmal werden die Beugleute vertröstet, weil die Unternehmer und Regierungen sich nicht verständigen können, nicht solidarisch vorgehen wollen. Solidarität und Kameradschaft — für die kapitalistische Wirtschaft sind das fremde Begriffe und so geht der Kohlenkrieg weiter. Die Opfer dieses mörderischen Krieges bringt der arme Bergmann. Hunderttausende seiner Kameraden werden arbeitslos und Frau Sorge ist heute überall in den Bergmannsstuben ständiger Gast.

Hoch klingt das Lied der Kameradschaft der Bergleute! Es ist kein neues Lied. Durch die Welt macht zurzeit der Film „Kameradschaft" die Runde, der die Solidarität der deutschen mit den französischen Bergleuten beim Grubenunglück von Courrieres im Frühjahr 1906 verherrlicht. Dieser Kameradschaftsfilm hat sich nur in den Arbeiterquartieren ein Publikum zu sichern verstanden. Die vornehme Welt hat sich für ihn wenig interessiert und er mußte daher in manchem vornehmen Viertel in den Kinos sehr rasch wieder Militärfilmen oder irgendwelchem Unterhaltungsunsinn Platz machen. Auch ein Zeichen der Zeit! Die kapitalistische Welt hat kein Interesse für die Großtaten der Armut, für Triumphe der Arbeitersolidarität. Sie kann sich nur für kriegerischen Heldenruhm oder allenfalls für Großtaten der Technik und des Sportes begeistern.

Dennoch: Hoch klingt das Lied der Arbeitersolidarität.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919320112-12/fragment/page=0010